

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Wertages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Borei drei Haus für die Woche v. 28 Nov. bis 1. Dez. in Papiermarkzahlung 1 Million, in wertbest. Gelde 80 Pf. Einzelverkaufpreis: 18 Gold-Pfennige oder 180 Milliarden Papiermark.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf: 905 nur Redaktion, 926 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühren für die achtafalte Petizelle oder deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärtige 25 Gold-Pf., Veramml.-Arbeits- und Wohnungszetelen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf: 926 nur Geschäftsstelle, 905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 273. Donnerstag, 29. November 1923. 30. Jahrgang.

Bankrott des Bürgerblods. Auch Stegerwald erledigt. / Die Verwirrung regiert.

Berlin, 29. November 1923.

Infolge der Schwierigkeiten, die sich einem Rechtskabinett Stegerwald entgegenstellten, ist anzunehmen, daß die Kandidatur Stegerwald als erledigt zu betrachten ist. Langsam setzt sich überhaupt die Auffassung durch, daß die Lösung der Regierungskrise auf dem Wege fraktioneller Vereinbarungen ausgeschlossen ist. Die Demokraten sind bereits am Mittwochabend an die Sozialdemokratie herangetreten, welche Haltung die sozialdemokratische Fraktion einnehmen würde, wenn eine Koalition der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gebildet wird, die sich auf die Sozialdemokratie stützen soll. Dieser Plan fand im Laufe des Abends mehr und mehr Anhang, obwohl teilweise auch davon abgeraten wurde, ein rein parlamentarisches Kabinett zu bilden. U. a. wurde der Plan eines von den Fraktionen unabhängigen Kabinetts, das event. die Auflösung vornehmen und die Geschäfte bis zu den Neuwahlen führen könnte, erwogen. Als Reichskanzler ist für diesen Fall an den Hbg. v. Kardorff gedacht, der übrigens geneigt sein soll, eine derartige Regierung ohne ausdrückliche Vollmacht seiner Fraktion zu bilden.

*

Dr. L. Lübeck, 29. November.

Zimmer mehr tritt zutage, weshalb die bürgerlichen Parteien nach dem Sturze Stresemanns so fürchterlich auf die Sozialdemokraten schimpfen.

Sie verzeihen an sich selbst. Sie haben schon im ersten Augenblick die ganze Lächerlichkeit und den ganzen Kagenjammer der bürgerlichen Politik klar vor Augen. Ganz genau wußten sie: dieser Schritt der Sozialdemokratie zwingt uns, die allgemeine Pleite anzumelden.

Vorher hatte die sozialdemokratische Fraktion aus Rücksicht auf die deutsche Außenpolitik den heillosen Wirrwarr, der in den unebenen Gefilden zwischen Helfferich und Peterßen sich ausbreitet, immer und immer wieder vertuscht und verkleinert. Aber länger ging es nicht mehr.

Als Stresemann für seine Politik mit dem Belagerungsstand, mit der Anbelung Sachsis und dem Bauernrücken vor Bayern auch noch ein ausdrückliches Vertrauensvotum der Sozialdemokraten forderte, da fiel aus dem Faß mit dem merkwürdigen Koalitionsgemisch von selbst der Boden heraus.

Und herauskullerte die ganze Herrlichkeit eines glänzenden Kuddelmuddels von Hergt bis Peterßen. Vor aller Augen breitete sich eine politische Impotenz und eine so heillose Zerfahrenheit des deutschen Bürgertums aus, daß selbst wir Sozialisten für dieses Bürgertum uns — schämen müssen.

Setzte sich der deutsche Mittelstand und das deutsche Kleinbürgertum nicht zu drei Vierteln aus politischen Ibioten und unpolitischen Nachwächtern zusammen, sie hätten schon längst den bürgerlichen Parteien in jetziger Gestalt das letzte Lebensfünkeln ausgeblasen.

Wo hat der sogenannte Mittelstand seine fünf Sinne? Sein bisheriges Vermögen ist längst auf dem heißen Stein der Gescheiterung verdunstet. Sein Magen unterscheidet sich von dem eines Proletariats innerlich und äußerlich durch nichts mehr. Er ist arm geworden, bettelarm.

Wo aber sind die vielen Vermögen hingewandert? Wer hat sie geklaut? Wenn Stinnes für ein einziges Geschäft im Ausland zwanzig Millionen Dollars anlegen kann, wenn er in den letzten Jahren dutzende solcher Geschäfte gemacht hat, so geht vielleicht doch einmal einem oder dem andern Kenner, Handwerker oder Beamten ein kleines Licht auf, wohin sein Geld verflucht ist.

Auf den Ruinen des deutschen Mittelstandes, auf den Sünnergäubern des deutschen Proletariats errichten Stinnes und seine Freunde blühende Industrien in — Hinterindien, in Südamerika, in der ganzen Welt.

Wenn braunäugige Japanesen oder Brasilianer mit Begeisterung brüllen: Es lebe Stinnes! dann ist das verständlich. Wenn aber der deutsche Mittelstand auch heute noch der „Volkspartei“ nachläuft und Stinnes leben läßt, so gibt es darauf nur eine Antwort: Selig sind die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Reich Stretnig!

Jede Bevölkerungsklasse hat die politische Partei, die sie verdient. Und die Politik dieser Parteien ist danach. Das gesamte Bürgertum hat sich in solch einen politischen Dales hineingefajelt, daß der Reichstag seine vollendete Pleite stündlich anmelden kann.

An die Stelle des Verstandes ist beim Bürgertum seit langem etwas anderes getreten: Bierpatriotismus mit etwas nationalistischem Narrenfappengeläut. Wer an den Schellen der patriotischen Klowns und Marxtschreier mitbimmelt, der ist ein großer Mann, der bringt das Heil.
Und wenn er dazu noch Sozialdemokratie und Marxismus

täglich dreimal zerschlägt, so strahlt hell und klar um seinen aufgeschlossenen Wasserlopf der Glorienstein des Nationalhelden.

Auf solcher Stimmung kann man zwar einen Karneval aufbauen, im Notfall auch eine Prügelei im Bierrestaurant, aber ein in wirtschaftlichen Krämpfen sich windendes Volk braucht andere Rezepte.

Meine Herren vom Bürgertum! In diesem einen Satz liegt das ganze Wesen Ihres Kommers. Sie sind zu feige, sich vom Narrengeläut der nationalistischen Phrasie loszusagen. Trotzdem Sie ganz genau wissen, daß damit eine Regierung nicht einmal zu bilden, geschweige denn zu tragen ist.

Man ist unter dem Druck der nationalistischen Schlammschlur von der Sozialdemokratie und ihrer Politik abgerückt. Nach rechts ohmarisiert! Und jetzt weiß man nicht weiter. Und meldet Bankrott an.

Denn die Tatsache, daß die bürgerlichen Mittelparteien den Deutschnationalen zuliebe es auf einen Bruch mit der Sozialdemokratie ankommen ließen, am ersten Tage aber schon Uneinigkeit unter sich und Krach mit den Deutschnationalen hatten, das ist doch ein politischer Mahnsinn ohne Gleichen. Ist nicht mehr und nicht weniger als der glatte Bankrott der bürgerlichen Politik wie sie in Stresemann gegipfelt und sich verlemperft hatte.

Stresemann hatte Bayern und seinen Rechtsfreunden zuliebe eine ausgesprochen volksparteilich-bürgerliche Politik eingeschlagen. Er hatte damit die Sozialdemokratie von sich weggetrieben, ohne die Deutschnationalen zu gewinnen.

Tag das nur an der Unbeliebtheit, deren sich Stresemann bei Hergt und Helfferich erfreut? Wir dachten das zunächst. Aber sein Parteifreund Kardorff fand auch keine Gnade! Der parteilose Albert scheiterte ebenfalls. Und Stegerwald?

Er war der ausgesprochene Kandidat des Bürgerblods. An sich also der absolut geeignete Erbe der von Stresemann nach rechts getriebenen politischen Entwicklung.

Und er versuchte auch mit aller jesuitischen Kunst, deren ein Adam Stegerwald fähig ist, die bürgerliche Einheitsfront herzustellen. Es gelang ihm nicht!

Man hatte sich mit einigen schönen Redensarten „grundfänglich“ geeinigt, bis der Pferdefuß kam. Die Deutschnationalen stellten eine hezähnende Forderung. Die bürgerlichen Mittelparteien sollten die Koalition mit der Sozialdemokratie auch in Preußen forcieren. Die Deutschnationalen strebten also nach der vollen Macht.

Endlich merkten auch die Demokraten, wohin die Reise ging: nach Bayern sollte Preußen „erobert“ werden.

Die Forderung wurde deshalb abgelehnt, und die „Entente cordiale“ zwischen Demokraten, Zentrum und Deutschnationalen ging wieder in Stücke. Und da stand nun der arme Tor, und war so klug als wie zuvor.

Jetzt weiß man in Berlin nur noch eins: daß niemand mehr etwas weiß! Und das nicht einmal ganz gewiß.

Die Koalitionsverhandlungen zwischen den bürgerlichen sind zur Stunde völlig eingestoren. Was soll werden?

Soll der Reichstag aufgelöst werden? Was würde das ändern. Sofort würde das Bürgertum seinen Tanz um das dummbückende Kalb des Nationalismus wieder aufnehmen. Und nur noch verfahrenere wäre der Wagen des deutschen Parlamentarismus.

Es ist eben die Tragik, daß in Deutschland jeder dumme Junge nach der Politik der „nationalistischen Narrenklappe“ rufen darf. Jeder Einsichtige aber weiß, daß diese Politik schon in der ersten Stunde den Ruin des Reiches herbeiführen müßte. Trotzdem rennen große Teile des Bürgertums hinter den dummen Jungen her.

Ich habe alles verloren, sagte vor einigen Tagen ein früherer wohlhabender Mann, kann ich auch noch ein bißchen den Kopf verlieren. Nur nicht denken!

Solange das Bürgertum zu drei Vierteln aus politischen Ibioten und unpolitischen Nachwächtern besteht, ist in Deutschland der Parlamentarismus bei bürgerlicher Führung unmöglich. Deshalb kann es für uns nur eine Politik geben: Opposition der bürgerlichen Führung! Zurück zur kleinen Koalition unter sozialdemokratischer Führung.

Wir sind auch davon überzeugt, daß bei der gegenwärtigen Morschheit des politischen Verstandes auch des nicht rechtsstehenden Bürgertums eine solche Koalition zurzeit unmöglich ist. Aber durch Schaden wird auf die Dauer selbst der politisch Dümme klug. Hoffentlich kommt in nicht allzu ferner Zeit der Tag, wo dieser Satz auch für den sogenannten Mittelstand Gültigkeit bekommt.

Micum-Vertrag und „Rheinlandfrage“.

Der vom Bergbaulichen Verein mit der Micum geschlossene Vertrag hat nach mancherlei Richtung hin sein Gutes. Zunächst insofern, als die schlimmster Gegner einer Erfüllungspolitik, dieselben Menschen, die durch ihren unerhörten Widerstand auch gegen beträchtlich herabgeminderte Geld- und Sachleistungen die klare Linie des Kabinetts Wirth zerrißen, nun selber Reparationszahlungen leisten müssen, die weitaus über die früheren hinausgehen. Nach Rathenau sehen letzten Umrechnungen sollte nämlich das ganze Reich neben den Kohlenlieferungen und neben anderen Sachleistungen in gar nicht mehr als 500 Millionen Goldmark zahlen. Jetzt liefern die Kohlenindustriellen die Kohlen umsonst, das macht 400 Millionen Goldmark, und sie zahlen noch dazu 10 Franken auf die Tonne in Goldmark für das Ruhrgebiet allein, also mindestens 250 Millionen. Dazu kommen nun aber noch die von der Entente beschlagnahmten Zölle an der Westgrenze, die uns weggenommenen Einnahmen aus den Eisenbahnen, die englische Reparationsabgabe, und vieles andere, so daß schon heute der bare Betrag größer ist als derjenige, um deswillen die ungeheure Hecke gegen das Kabinett Wirth-Rathenau einrichte und der Rathenau zum Opfer fiel. Wenn Poincare bei seiner Ruhrbesetzungspolitik auf so wenig Widerstand gestoßen ist, so sicherlich nicht zuletzt wegen der unerhörten Haltung der Kreise um Stinnes. Und nun müssen dieselben Leute, nachdem all das Unglück über uns hereingebrochen ist, daselbe zahlen, was sie dem größten deutschen Außenpolitiker der Nachkriegszeit verweigerten und noch dazu — sprechen wir es offen aus — unter ziemlich kläglichen Umständen.

Natürlich versuchen die Herren jetzt, diese Last auf die Arbeiter abzuwälzen. Das ist bekanntlich das probate Mittel seit dem Erstarken des westfälischen Bergbaues. Wir können ihnen mit Sicherheit schon jetzt sagen, daß sie sich darin täuschen werden. Die Herren haben ihre Unterschrift gegeben und werden liefern. Sie können es auch, ohne daß sie die Leiden nur von Herrn Degoutie und nicht von den Rheinindustrialen anerkannte Gefährdung des Reiches desanouvieren. Den Mitgliedern des Reichskohlenrates, einer Interessenvertretung der Schwerindustrie in gemeinwirtschaftlichem Gewande, haben die französischen Unterhändler in aller Deutlichkeit bereits eine Kalkulation vorgetragen, die sich von den Milchmädchenrechnungen, denen sich der Reichskohlenrat allzu willig zum großen Schaden der deutschen Volkswirtschaft gebeugt hat, wesentlich unterscheidet. Die Rechnung legt dar, daß aus den deutschen Preisen die Lasten der Reparation durch die Bergbauindustriellen auch unter den jetzigen Verhältnissen zu tragen sind. Dabei sind die in der ersten Zeit der Regierung Cuno und auch wohl schon vorher gemachten Uebergewinne noch nicht eingerechnet, vor allem aber ist auch nicht in Rechnung gestellt, was an den Ruhrkrediten in wertbeständiger Form verdient worden ist. Für die nächste Zeit scheint uns das unter allen Umständen für den endlichen Anfang der Erfüllungspolitik der Herren Lebenbesther auszureichen.

In eine ganz neue Beleuchtung tritt unter den gekennzeichneten Gesichtspunkten die sogenannte Rheinlandfrage. Es ist seltsam genug, daß diese „Frage“ so plötzlich aufgetreten ist. Bekanntlich konnte das Reich zwar für die geliebte Ruhr-Regierung Unterstützungs-Trillionen senden, aber für die im Ruhrgebiet entstehende Arbeitslosigkeit sollten keine Mittel vorhanden sein, und man wollte das Ruhrgebiet deswegen „sich selbst überlassen“, das heißt, es schlechter stellen als andere von Arbeitslosigkeit betroffenen Reichsgebiete, angeblich wegen zu hoher Summen, die erforderlich waren.

Nun sind die Bergherren durch ihre Unterschrift gezwungen, die entsprechenden Summen zunächst einmal aufzubringen. Wir zweifeln nicht, daß sie aus den überfluten deutschen Kohlenpreisen und aus den Reserven früherer zu reichlicher Preise das sehr wohl können; schlimmstenfalls unter Heranziehung einiger im Ausland vorhandener Devisen. Jedenfalls entfällt damit auch der Schein eines Anlasses, dieses Gebiet bezüglich seiner Erwerbslosenfrage irgendwie anders zu stellen wie das übrige Reich. Dadurch ist aber auch der entscheidende Beweggrund für irgend welche weitgehenden Sondermaßnahmen auf finanziellem oder auf wirtschaftlichem Gebiete erledigt und das in Aussicht genommene besondere Direktorium für das besetzte westliche Gebiet bereits jetzt einem wesentlichen Teil der ihm zugedachten Aufgaben enthoben. Die einzigen die vielleicht an einem Direktorium in dem bisher geplanten Umfange noch ein besonderes Interesse haben, sind diejenigen, die mit diesem Mittel die ihnen endlich aufgelegten Reparationsbeträge durch örtliche Ueberlegenheit wieder einmal auf die schwächsten Schultern abwälzen wollen. Die Vertreter der Sozialdemokratie in dem 35. Ausschuß für die besetzten Gebiete haben deshalb ganz besonderen Anlaß, bevor sie in das Direktorium endgültig eintreten, eine Klärung der Befugnisse dieses Ausschusses herbeizuführen, wie es die am Montag in Berlin stattgefundene Konferenz der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten der besetzten Gebiete unter Hinzuziehung der Landtagsvertreter und anderer Genossen beschließen hat.

Dollar 4,2 Billionen.
1 Goldmt., 1 Millior., 1 Goldmta., 10 Milliarden.

Ubergang zur Goldwährung.

Der Reichswahrungskommissar Dr. Schacht löst der Presse durch das Wolffsche Telegraphenbureau Mitteilungen über die Durchführung der Währungsumstellung zu. Dr. Schacht ist bekannt als ursprünglicher Gegner des Rentenmarkprojektes und als ein eifriger und überhaupt Anhänger der Goldnotenzettel, der auch nach seiner Ernennung zum Reichswahrungskommissar weiter die Politik verfolgt, über die nun einmal beschlossene Rentenmark hinweg zur echten Goldwährung auf dem Wege über die Goldnotenzettelstellung der Reichsbank zu gelangen. Seine Ausführungen über das augenblickliche Stadium der Währungsreform, die von einem optimistischen Grundzug getragen sind, gewinnen dadurch Bedeutung. Er schreibt:

Die unausweichlichen Reibungen beim Ubergang von einem Geld zum anderen sind bei der Rentenmark dadurch vermehrt worden, daß bei ihrem Inslebentreten noch kein genügender Bestand gedeckt war. Wenn trotzdem die Einführung der Rentenmark mit dem 15. November beschlossen wurde, so geschah das, weil mit demselben Augenblick die Kreditinstitutionsreform des Reiches bei der Reichsbank aufzuhören hatte. Dieser für den Beginn jeder Währungsreform einschlagende Punkt müsste alle langjährig Bedenken überwiegen. Gleichzeitig ergab sich die Notwendigkeit, die Rentenmark zu einem möglichst gleichmäßigen Austauschrate gegen Papiermark abzugeben. Es war deshalb erforderlich, den Berliner Dollarkurs in möglichst kurzer Frist der Reichsbank näherzubringen. Der Druck der Rentenmark soll nach den Absichten des Verwaltungsrates der Reichsbank im Laufe des Monats Dezember ganz beendet sein und geht zurzeit in einem jachelleren Tempo vor sich, als es die ersten Tage gestattet haben. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß in Spotens zwei bis drei Wochen ein für die Bewährung des derzeitigen Zahlungsmittelbestandes ausreichender Betrag in Rentenmark in den Verkehr gebracht sein wird.

Am gleichen Tempo wird sich der Betrag des Notenumlaufes und der Girogelder der Reichsbank vermindern. Da zurzeit der Kreditverkehr noch nicht offen steht, kann die Rentenmark seitens der Banken erworben werden. Die Rentenmarkbestande stammen aus dem Reichs zur Verbilligung stehenden unverzinsten 300 Millionen Rentenmark und dienen in ihrem Papiermarkcharakter der Verminderung der Schulden des Reiches bei der Reichsbank. Es ergibt sich mit dem Fortschreiten dieser Entwicklung eine Papiermarkknappheit, die der bisherigen fortgeschrittenen Papiermarkwertung mit Sicherheit entgegenwirken müsse, wenn nicht die Reichsbank neue Papiermarkinfusion betreibt.

Soweit die Entschlosungen der Reichsbank in Frage kommen, gehen sie nach meiner Kenntnis dahin, daß nicht nur jede neue Inflation zu vermeiden ist, sondern daß auch in den bisher immer noch, wenn auch kurzfristig ausserordentlichen Wechselkursen auf nichtwertbestandiger Basis eine Verringerung eintreten müsse. Eine dahingehende Politik ist auf das entscheidende zu beschränken. Sie wird zu einer weiteren Verringerung des Papiergeldumlaufes beitragen und die Wirtschaft auf den Weg des wertbestandigen Rentenmarkkredites verweisen müssen.

Gewisse Gefahren drohen hier vom Notgeld. Möglichst ist es, die Reichsbank etwa für die Einführung der Rentenmark von ungedecktem Notgeld in Anspruch nehmen zu lassen, und es ließe den ganzen, mit unendlichen Müssen und Kamrien erzwungenen Wahrungsreformprozess wieder preisgeben und das alte Geld in verstärktem Maße mit allen seinen wirtschaftlichen und sozialen Folgen wieder herauszubringen. Möglichst müsse man hier die Reichsbank wiederum zur Verbilligung ienstlichen Geldbedarfes durch neue Inflation zwingen.

Der Umstand, daß die Reichsbank sich von Tag zu Tag mehr und mehr verknappen müsse, ist bisher in der Offentlichkeit nicht genügend beachtet worden. Er kann indessen auf den Devisenmarkt nicht ohne Einfluss bleiben. Wie weit das der Fall sein wird, darüber werden die nächsten Tage vielleicht schon einige Klarheit bringen.

In jedem Falle darf ein gewisses Gefühl der Verunsicherung nicht greifen darüber, daß die Währungsreform einen festen und klar vorzuziehenden Weg geht. Ob und in welcher Weise die Reichsbank in einem gegebenen Zeitpunkt zu einem anderen Zahlungsmittel oder Wertpapier in ein festes Verhältnis zu bringen sein wird, darüber kann erst entschieden werden, wenn die Entwicklung etwas weiter voranschritten sein wird. Im gegenwärtigen Augenblick liegt keine Veranlassung vor, den Charakter der Reichsbank als oekonomisches Zahlungsmittel zu ändern. Im Gegenteil ist die Möglichkeit der Wiedererklarung der Reichsbank in ihrer Stellung als zentrales Währungsinstitut durchaus gegeben, während gleichzeitig die Rentenmark in ihrer starken geldmarktpolitischen Fundierung als innerwirtschaftliches Zahlungsmittel bis zur endgültigen Lösung des deutschen Wahrungsproblems ihre Bedeutung behalten wird.

Krachstimmung an der Börse.

Devisenkurs amtlich unverändert.
Berlin, 28. November.

An der Börse haben sich schwere Gewitterwolken aufgemengert, deren Entladung heute bereits ihren Anfang nahm.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Mörder, Hojnung der Frauen von Paul Hindemith, Dichtung von Oscar Kolischka.
Arlecchino von Ferruccio Busoni.
Wird die Entwicklung der Oper die Richtung einschlagen, welche ihr Paul Hindemith angedeutet geben will, so wird sie zum Anfang zurechtfinden: sie wird Luxus für einen engbegrenzten, ohehstlichen Kreis werden, ein Mysterium, nur den Eingeweihten verständlich, eine Angelegenheit, die nur die wenigen erlesenen Kenner angeht. Wer sich als gewöhnlicher Theaterbesucher dem Werke nähert (und obendrein, wie hier, vom Selbsten kein Wort versteht), ist verloren — er stolpert sofort über den Titel, der mit vorgespiegeltem Tiefen klarer Verstandlichkeit vornehm ausweicht. — Abseits der großen Menge steht der einfache, bloe Mann, des Genies, der Seiwinger und Vernichter (Mörder) der Allmoglichkeit, der dumpfen Trägheit und Sattheit der Massen; er tritt auf das Weis, das ihn von seiner Bahn abziehen mächt (sie verurteilt ihn) — die Gefolgschaft verlit ihn — aber er bleibt der Stärke, die Kraft des Genies fährt und triumphierend streift der Held, befreit und erlöst von Weis und Welt nach oben, zum Licht und wird in hoher Rollendung die Sehnsucht, das Ideal (die Hojnung) der Frauen. So wäre der Sinn der recht mittelalterlichen Kolischkischen Dichtung zu deuten, ein Stück Menschheitsgeschichte, der Vornahme des Genies — nicht wunderlich tief und erschatternd, aber geheimnisvoll verflochten vor symbolischer Mythischer und kognitiver Sprache: um als Bahnenwerk zu sein fehlt es jedenfalls an Klarheit und an logischem Aufbau. Und damit ist wenig gehalten, wenn man wie Karl Mannigfaltig in seiner Einführung diplomatisch sagt: der Hörer müsse mitarbeiten — das sagt man gerne da, wo man sich von der überzeugenden Eindringlichkeit eines Werkes nicht viel verspricht. Nebenbei: Was macht zu Demutlichkeit hätte die uberzugs knappe „Erklärung“ des Theaterzettels schon geben können; aber wer soll fahren, wenn endgültiges dringliches Dunkel herrscht? — Aber die Verzahnungen über die Dichtung fließen geringere Sorge, hätte man die Gewissheit, daß es dem Musiker gelungen ist, der Idee anschaulichen Ausdruck zu verleihen, daß seine Kunst den Seelenzustand der handelnden Personen während der Bahnenorgange trägt. Hindemith ver-

Die innere Struktur des Marktes ist seit längerer Zeit eine außerordentlich ungesunde. Die Spekulation, die seit Wochen verabschiedet auf stärkere Kurssteigerung rechnet, und erhebliche Hausse-Engagements eingegangen, hat durch die hohen Zinssätze für Leihgeld äußere Einbue erlitten. Die Hoffnung, daß eine durchgehende Besserung der Geldmarktlage und in Verbindung damit eine Belebung des Effekten-Geschafes eintreten würde, hat sich nicht erfüllt. Heute war z. B. Geld wieder knapp. Man zahlte 12 bis 15 Prozent täglich. Außerdem stehen die Geldbesitzer größte Vorsicht walten und weisen viele Leihgelder ab.

Die oekonomie und heute bereits bekanntgewordenen Zahlungs-schwierigkeiten kleinerer Bankfirmen und einzelner Vernisspekulanten veranlassen die gesamte Börse in Aufregung und tiefen Bedenken auf der ganzen Linie hervor.

Auch die Meldungen von den heutigen Auslandsbörsen, die eine bemerkenswerte Befestigung des Marktkurses erkennen lassen, sowie die im besetzten Gebiet vorzunehmenden großen Anstaltsverhaltungen, die von dortigen Devisenspekulanten erfolgen, müssen wesentlich zur Beruhigung bei. Die unverkennbare Entspannung der innerpolitischen Lage sowie die Unterzeichnung des Muenchener Vertrages ändern unter diesen Umständen an der Börse keine Tendenz mehr. Ungewöhnlich stark waren die Kurse für am Montagmarkt.

Vor einem Arztstreik.

Am Mittwoch hat der Verband der Aerzte Deutschlands beschlossen, in den Streik zu treten. Den Krankenkassen soll in Ausführung dieses Beschlusses für ihre Versicherten zum 1. Dezember gekündigt werden. Der Streikpunkt ist die am 30. Oktober erlassene Verordnung über die Krankenhilfe. Nach § 1 dieser Verordnung können Aerzte fristlos entlassen werden, wenn sie gegen die Verwaltungsvorschriften verstoßen. Z. B. wenn sie Kranke über die Zeit hinaus behandeln u. s. w. Mit Recht betrachten die Aerzte diese Bestimmung als Eingriff in die Arztfreiheit und Behinderung ihrer Tätigkeit. Das Reichsarbeitsministerium ist der Auffassung, daß die Verordnung vorwiegend keine Gültigkeit hat, da jede Kündigung von dem Uebervachungsausschuss, der sich aus Vertretern der Aerzte und Kassen und einem unparteiischen Obmann zusammensetzt und bei jedem Versahungsanlass abgehandelt wird, geprüft werden müsse. Die Verwaltungsausschuss sind aber bis jetzt noch nicht gebildet. Der Reichsarbeitsminister verucht, noch einmal zu vermitteln und hat für Donnerstag den Reichsausschuss, in dem Aerzte und Krankenkassen vertreten sind, zusammenberufen.

Reichs- und Grohandelsindex.

Berlin, 28. November.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feinrechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 26. November auf das 1535milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vormonate (831 Milliarden) beträgt demnach 84,7 Prozent.

Die auf den Stichtag des 27. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes erat in Papiermark bei einem amtlichen Dollarkurs von 42 Billionen das 1422,9 milliardenfache des Statistisches Reichsamtes für den 26. November (1413,4 milliardenfache) keine wesentliche Veränderung. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) stellt sich am 27. November auf 142,3 gegen 141,3 am 20. November. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten am 27. November: Lebensmittel 1342 milliardenfach (134,2 Gold), davon Getreide und Kartoffeln 1004 milliardenfach (100,5 Gold), Industriestoffe 1573 milliardenfach (157,3 Gold), davon Kohle und Eisen 1604 milliardenfach (160,4 Gold), ferner Einfuhrwaren 1627 milliardenfach (162,7 Gold), Inlandswaren 1382 milliardenfach (138,2 Gold).

Die bayerische Regierung schenkt die Offentlichkeit.

SPD. München, 28. November. (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch ist der Ständige Ausschuss des Bayerischen Landtages, das sogenannte „Kleine Plenum“, zusammengetreten. Nachdem sich die Regierung, hauptstachlich auf Drängen der Sozialdemokratie, dazu bereit erklärt hatte, eine Erklärung zur politischen Lage abzugeben, erwartete man bereits für diese erste

Sitzung die Rede des Ministerpräsidenten Knilling. Wider Erwarten aber hielt Knilling mit seinen Ausführungen, deren Wortlaut bereits seit Dienstag festgelegt ist, zurück. An seiner Stelle erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Geheimrat Held, der Ministerpräsident habe wissen lassen, daß er nur dann in der Lage sei, sich mit vollkommenem Freimut über die politischen Vorgänge auszusprechen, wenn die Offentlichkeit ausgeschlossen wird. Für diesen Fall wird am Donnerstag die politische Aussprache beginnen. Die Vorbereitungsmaregeln der Regierung ist unverhandlich und zwar auch dann, wenn man die ganzen Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks in Rechnung stellt. Sie ist um so weniger verständlich, wenn man hört, daß Knilling entschlossen ist, sobald wie möglich, vielleicht noch in dieser Woche, eine Entschlosung in der Frage: Regierung oder Generalkommissariat, herbeizuführen. Weitgehende Andeutungen in dieser Richtung wird bereits die Donnerstagrede Knillings im Ausschuss bringen, mit der offenbar der stille Kampf hinter den Kulissen der Bayerischen Volkspartei beendet und in ein Stadium gebracht ist, in dem die Entschlosung zur unbedingten Notwendigkeit wird. Damit hätte endlich jene politische Verunsicherung, welche der Regierungspartei Oberhand gewonnen, die angesichts des Hitler-Russes und seiner Auswirkungen bereits in den bedeutamen Sitzungen am 10. November sich dafür einsetzten, daß jetzt seiner Tatkraft gemacht werden müsse. Eine sofortige Abkehr von der tendenzlosigen Politik der Bayerischen Volkspartei schloerte aber damals an der unentzweifelbaren Haltung der Fraktion, die es mit der Angst vor der eigenen Courage zu tun bekam. Die Entschlosung Knillings, das Ende des Generalkommissariats herbeizuführen, macht angeblich auch nicht Halt vor seinem eigenen Sturz. Für diesen Fall soll der Regensburger Oberburgemeister Dr. Hipp das Staatsruder in Bayern ergreifen, nachdem der Bamberger Oberburgemeister Wächter eine Berufung seiner Person aus Gesundheitsruckichten abgelehnt hat.

In stundenlanger Aussprache beschäftigte sich am Mittwoch der Landtagauschuss mit der Frage der Schughaft des Abg. Dr. Roth, der Ertragmittel dieses Ausschusses ist. Mit allgemeiner Zustimmung wurde davon Kenntnis genommen, daß dem Abg. Roth die sofortige Entlassung aus der Schughaft in Aussicht gestellt worden ist, wenn er eine ehrenwörtliche Verpflichtung unterschreibt, sich jeder Betätigung in den Kampfbanden zu enthalten, bis auf weiteres jede Betätigung in der Studentenschaft, in den Offiziers- und Vaterländischen Bänden zu unterlassen, sowie alle Angriffe gegen die Regierung und die Herren v. Kahr, Loffow, Seiser einzustellen. Dr. Roth habe diese Zumutung abgelehnt. Ein Fraktionsmitglied des Verhafteten stellte zum Schluss der Aussprache den Antrag, Dr. Roth als Ersatzmann des Ständigen Ausschusses sofort aus der Haft zu entlassen. Da die Sozialdemokraten aus grundsätzlichen Erwägungen für diesen Antrag stimmen werden, ist mit seiner Annahme in der Sitzung am Donnerstag zu rechnen.

Die bayerische Fronde.

SPD. München, 28. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der Oberreichsanwalt am Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat, wie sich jetzt herausstellt, lebhaft in einem Schreiben an die Münchener Polizeidirektion die Verhaftung, aber nicht die Auslieferung einer der am Hochverrat beteiligten Personen, d. h. Hitlers, Ludendorffs und Boehners sowie Ehrhardts verlangt. Der „Bayerische Kurier“, der bekanntlich der Regierung sehr nahesteht, weist am Mittwoch von neuem darauf hin, daß es in dieser Frage sehr wohl zu einer gütlichen Einigung mit dem Reich kommen könne, vorausgesetzt, daß man nicht zugleich das bayerische Ausnahmerecht in seiner Gesamtheit zum Streitobjekt macht. In diesem Falle könnte für Bayern selbstverständlich keine andere Haltung in Frage kommen als die unbedingte und entschlossene Abwehr.

SPD. München, 28. November. (Eig. Drahtb.)

Die Staatsministerien für Finanz- und Landwirtschaft haben im Landtag den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ermächtigen, die Sicherstellung der Ernährung sowie zur Förderung von Notstandsmanahmen produktiver Art Anleihen bis zum Betrage von 10 Millionen Mark aufzunehmen. Diese Mittel sollen insbesondere zu solchen Unternehmen verwendet werden, bei denen schon bald ein Ertrag zu erwarten ist, der zur Deckung der Zinsen und Sicherstellung der Rückzahlung ausreicht. Die Annahme der Anleihe soll je nach Lage des Geldmarktes im Inlande oder auch im Auslande geschehen.

lacht das mit den knappestn Mitteln, mit kurzen Aktenstücken, die — ansehend unvermittelt nebeneinander stehend — in interessanter Entwicklung und Umformung das Heldentum verdichten sollen: aber wo wet diese Kunst in uns einen Wiederhall, wo wird sie mitgewaltetes Erlebnis, wo erschutert uns ihre Kraft? Die Brutalität ihrer Dispositionen schaft und peinigt uns, die Konstruktion ihres gewaltig gezeichneten motivischen Aufbaues beschäftigt den Intellekt, aber eine bestrebende Erlösung schenkt sie uns nicht — der passivste Eindruck des Schalles darf unter Urteil nicht verweilen: wieviel ist da wohl Verdienst des Theatermeisters, der Prosodie und Poetik nicht kommt!

Die Wiederkehr, von den Herren Hartmann und Mannigfaltig bis in jede Einzelheit hinreichend und mit unbedingter Unflexibilitat Gemessenheit vorbereitet, war multersaltig, drängt aber zu einer Bemerkung: Gewiss ist es anerkennenswert, wenn das moderne Kunstschaffen liebvolle Pflanz an unlerer Bahne erfährt — aber wie wäre es, wenn diese unendlichen Müssen und Kassen einmal an Werke ruckwendet werden wie Tätigen, Beherrschens Reichte, Sehbells Melungen?

Herr Brohasa und Frau Kehrhaa erschofften ihre Anleihen mit daruberher und himmelstarker Kraft, die sich bis zum Schluss unvermindert und uberzerrt beharrte; die Sicherheit mit welcher sie beide in die Schwierigkeiten dieser Kunst eintraten, verdient bewundernde Anerkennung. — Die grotesken Sprünge, mit welchen der „Tod“ die Vorgänge belebte, lassen wohl die Unklarheiten vermehren und verunsichernd wirken, daß es vom Erhabenen zum Lächerlichen nicht weit ist. Nun gab es in diesem, kaum zu überstehendem Gegenstand das idealtypische Capriccio „Arlecchino“ von Ferruccio Busoni — oder sollte man, wie nach der griechischen Tragodie, das Singspiel bringen? Lebensfalls war das Publikum für diese Er- und Aufzählung dankbar. — Es sollte die Oper des Ueberrichtlichen oder des Unmöglichen sich bemächtigen und verwickeln eine Scheinwelt schaffen, die das Leben entweder in einen Zerkerspiegel über einen Spiegel reflektiert, die bewahrt das geben will, was in dem mirchlichen Leben nicht zu finden ist! — Das ist in seiner lebenswerten neuen Welt der Kunst geblieben und hat diesen kognitiven Tanz, Mastenstapel und Spularmut mit erschatternd und eine parabolisch gefahrte Kunstwelt geschaffen, die Bahne und Leben zueinander verknüpft. Der italienische Opernmeister hatte auch keine Sorge, Entschlosung zu machen, die Stretta losert Recitatio und Aria überzeugen uns ebenfalls hier, daß das „geringere Wort auf der Bahne eine Konvention

weisen wird und ein Hindernis für alle wahrhaftige Wirkung.“ Busoni hat etwas viel Geist aufgewendet, um geistreich zu scherzen — Offenbach tat das mit mehr Leichtigkeit und oft mit mehr Wirkung. Auf der Bahne, deren Bild wieder Johannes Schröders allerliebste Raune zeigte, war man ebenso vergnügt, wie im Publikum; die Herren Klemperer, Hartmann, Bedemann und Brohasa, die Damen Bruhn und Klaser lochten von Humor und fanden sich gewandt in den Stil der Stahretz-Komodie; die Wandlungsfähigkeit und Kräfte des Herrn Brohasa nach der großen vorhergehenden Partie sicherten ihm vor allen den lebhaftesten Beifall, auf den ebenso Herr Bedmann wegen seiner drohenden Beweiskraft und nicht zuletzt wegen seiner musikalischen Zuversichtlichkeit Anspruch hatte; man molle nämlich nicht übersehen, daß die Busonische Schreibweise, die so leicht klinkt, manche Schwierigkeiten birgt. Herr Klemperer in der Titelrolle uberstiftete sich und hatte zu wenig selbstständige Ironie. Herrn Kapellmeister Paul Pella danke die Ausführung mitreisenden Schwung.

Zur Teil-Ausführung im Stadttheater wird uns geschrieben: Die Teil-Ausführung am Freitag, dem 30. November, wird durch die Dekoration, die Johannes Schröder-Hamburg entworfen hat, ein besonderes Gepräge erhalten. Und zwar hat Schröder für das ganze Drama eine einzige Dekoration geschaffen, um durch Begleitung alles Ueberrussigen die Aufmerksamkeit nur auf das Drama hinzuwenden, dessen Wucht und Größe um so stärker zum Ausdruck kommt, je weniger das Auge durch Bahnenbilder belastet wird. Schröder Dekoration wird durch die weitleuchtenden Albenaltesher beherrscht, deren gewaltige und einfache Formen dieser spatsten Schillerischen Kunst entsprechen und deren mächtige Geistesfreiheit den Sieg eines geschlossenen Volkes von Anfang an sinnbildlich andeutet. Zu ihnen steigt die Bahne empor: unter die Wohnungen der Menschen, darüber die freie Natur und darüber wiederum die ewige Natur. Selbstverständlich müsse dieses Bahnenbild erleben will, sich von überkommenen Anleihen freimachen. Es ist stilisiert wie ein Gemälde von Gauder und dem üblichen Naturalismus fern. Denn hier ist in der Dekoration, den Kostümen, der Regie (Jacob Ziegler) Einheitsliebe und Monumentalstat angestrebt; auch die endlosen Pausen fallen fort.

Überrumpelungswahlen.

O. P. London, Mitte November.

Die Art, wie England diesmal wieder in einen Wahlkampf gestürzt wurde, hat für den Wähler selbst etwas Beschäftigendes. Er nennt es „Rush-elections, Überrumpelungswahlen“, aber vergebens fragt er sich nach ihrer Ursache. Die Regierung schüßt zur Erklärung der Eile vor, daß sie — das Weihnachtsgeschäft nicht führen wollte. Aber jenseits dieses Vorwandes scheint sie in Wahrheit zwei Gründe zu haben: ein schlechtes Gewissen und eine gute Kasse. Das Wahlprogramm der Konservativen vertritt keine ausführliche Erklärung vor der Öffentlichkeit; aber ihr wohlgefüllter Wahlfonds läßt sie hoffen, daß ihr gefährlichster Gegner, die Arbeiterpartei, die ungeheuren Kosten eines Wahlkampfes nicht vertragen werde. Mit einem schlechten Schlagwort, aber mit der Übermacht des Geldes hofft die englische Bourgeoisie die Arbeiter niederzuringen.

Der Wahlkampf hat begonnen. Die Aktivität in allen Parteilagern ist unter Hochdruck gestellt und alle Erwartungen und Ueberraschungen sind losgelassen. Bei den Konservativen ist die Stimmung nicht gerade siegesgewiß. Manche von ihnen sind bei den letzten Wahlen als ausgesprochene Anhänger des Freihandels gewählt worden, was bei der kleinlichen Genauigkeit, mit der der englische Kandidat den verschiedenen Gruppen seiner Wähler Rede und Antwort über jede einzelne seiner politischen Ansichten und Absichten stehen muß, schwer ins Gewicht fällt; sie sind also von der Schutzparole ihrer Partei keineswegs entzweit. Auf der anderen Seite sind die Landwirte darüber verstimmt, daß gerade ihren Produkten der Schutz vor der billigeren Einfuhr verweigert bleiben soll; aber da England von dieser Einfuhr lebt und keine Regierung es wagen kann, den traditionellen englischen „Frühstückstisch“ zu besteuern, ist ihnen als Entschädigung eine Produktionsbeihilfe in Form einer staatlichen Geldsubvention versprochen worden, die die Arbeiterpartei mit Recht eine Wahlbestechung nennt. Auch der innere Zwiespalt zwischen den einzelnen Gruppen der konservativen Partei ist kaum besänftigt: ein Versuch, die beiden Häupter der Opposition in der Partei, Austen Chamberlain und den Earl of Birmenhead offiziell mit Baldwin zu versöhnen, ist daran gescheitert, daß sich im gegenwärtigen Kabinett, das genug mit seinen eigenen Meinungsverschiedenheiten zu tun hat, niemand fand, der freiwillig den Ministerposten geräumt hätte, auf den jene beiden ganz offen Anspruch erhoben. Da also diese Bedingung eines soliden Geschäftes unter politischen Ehrenmännern unerfüllt blieb, wird die Regierung auf die Gefolgschaft der beiden repräsentativen Konservativen verzichten müssen. Ohne Begeisterung und ohne begeisterte Führer zieht diese Partei in den Wahlkampf; was ihr an Geist fehlt, das ersetzt das Geld; da sie keine Männer ins Feld zu schicken hat, wird ihr Parteiapparat das Land mit Plakaten überschwemmen.

Was Baldwin in seiner eigenen Partei mißglückt ist, das ist ihm bei dem einen seiner Gegner gelungen: die Einigung der Liberalen. Unter dem Druck der bevorstehenden Wahlen und auf der bequemen Plattform der alten Freihandelsparole haben sich Asquith und Lloyd George — nicht mehr bloß zwei Fraktionen derselben Partei, sondern bereits zwei getrennte Parteien — wiedergefunden. Dieses Bündnis, dem kein einheitliches Programm zugrundeliegt, sondern das gerade nur ad hoc die alten persönlichen Gegensätze überwindet, ist immerhin ein unerwartetes Ereignis, ein letztes Aufflackern der Lebenskraft des absterbenden Liberalismus. Freilich hat ihm dazu die konservative Regierung selbst verholfen, indem sie ihm das traditionelle Stichwort: Freihandel gegen Schutzzölle bot. Mit diesem herkömmlichen Schlagtruf werden die geeinigten Liberalen zweifellos einige Siege gewinnen; andererseits sind bei den letzten Wahlen die meisten Mandate der Lloyd-George-Anhänger dadurch erworben worden, daß die Konservativen — eingedenk der Koalitionstreue, mit der ihnen Lloyd George alle Grundzüge seines Liberalismus aufgeopfert hatte — ihnen keine Gegenkandidaten entgegenstellten. Das werden sie jedoch diesmal, da es wieder in den historischen Kampf zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern geht, keineswegs tun; und die sichere Gegnerschaft beider bürgerlichen Parteien mag in vielen Fällen — der Labour Party zum Vorteil gereichen.

Für die Arbeiterpartei bedeuten die Wahlen tatsächlich eine schwere Prüfung. Zumindest im Lauf von dreizehn Monaten die ungeheuren Kosten eines englischen Wahlkampfes tragen, in dem die Verteilung eines einzigen der sechs-hundert Wahlkreise zwischen 20 und 900 englische Pfund ver-schlingt; dabei noch der organisatorischen Konstruktion der Labour Party im wesentlichen auf die Mittel der Gewerkschaften angewiesen sein, deren Kosten durch die furchtbare Arbeitslosigkeit erschöpft sind — diesen Anforderungen ins Gesicht sehen, heißt wahrlich einer wohlverschuldeten Heimtücke begegnen: der Übertragung aller kapitalistischen Kampfmethoden vom wirtschaftlichen auf das politische Gebiet. Wie es seit jeher der Schlachtplan hartnäckiger Kapitalisten war, einem siegreichen Streit möglichst rasch eine grandiose Ausdehnung folgen zu lassen, um den Arbeitern durch die Vermehrung ihrer finanziellen Widerstandskraft die Früchte ihres Sieges wieder zu entreißen, so bedarf es diesmal der Ausbietung aller moralischen Energien der Arbeiterpartei, um diesen Plan zunichte zu machen, nun da es um die politische Herrschaft im britischen Reich geht. Unter diesen Umständen ist auf Siege in jenen Wahlkreisen kaum zu hoffen, in denen nicht bereits eine gut funktionierende Organisation besteht: die Eroberung ländlicher Distrikte, die bei längerer Vorbereitung sicher gesichert wäre, ist durch die Überrumpelungstaktik der Konservativen vereitelt, deren natürlicher Reiz diese ländlichen Gebiete sind und deren Macht dort draußen durch einen in knapp drei Wochen aufgestellten Wahlapparat kaum gebrochen werden kann. Nichtsdestoweniger wird die Arbeiterpartei ebensoviel Kandidaten ins Feld stellen wie das letzte Mal; und wie das letzte Mal wird sie der furchtbaren Übermacht der bürgerlichen Propagandamittel und namentlich der bürgerlichen Presse die ganze Begeisterung der einzigen Partei entgegenstellen, die weiß um was es geht.

Ist es wirklich der Schutz Zoll? Kein Nichtengländer kann die trodene Gründlichkeit ermaßen, mit der hier die öffentliche Diskussion der Wahlbewegung sich um die behaupteten oder behaupteten Wirkungen dieser Maßnahme dreht. Und vor allem kann kein Nichtengländer den Wert dieser „Argumente“ abschätzen, ohne das genaue Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr der wichtigsten Waren zu kennen, das allein für die Frage entscheidend sein kann, ob Schutzzölle tatsächlich die Arbeitslosigkeit und den Markt zu beeinflussen vermögen. Leider kennen dieses Verhältnis auch die meisten Engländer nicht; und dadurch ist es möglich, daß oft entgegen der wirtschaftlichen Wahrheit, die aus den Ziffern der Handelsstatistik spricht, die konservative Quacksalberlei manchen als Heilmittel erscheint. Auch die englische Kirchturn-demokratie, die bis tief in alle Gesellschaftsschichten hinein das merkwürdige Korrelat des englischen Weltmachtbewußtseins bildet, und derart aus den einzelnen Wirtschaftskreisen des Reichs selbständige Kleinstaatlein der Baumwolle, der Kohle oder des Eisens macht, kommt dem konservativen Schlagwort entgegen, das ja im Grund nichts als eine ins Große gesteigerte Kirchturn-politik ist. So mag der eine oder andere Wahlkreis der banalen Scheinlogik dieses Schlagwortes erliegen: daß Schutzzölle das Mittel seien, um die Arbeitslosigkeit zu kurieren. Auf der Höhe dieser Wahlparole steht auch die entgegen-

gesetzte der Liberalen. Sie führen den Wahlkampf im Zeichen des Dörrrostes und der Fischknochen, also auf einem Niveau, das noch unter dem des gemeinsten Geistes liegt: dem des Ma-gens. Es ist der Streit darum, welche von zwei Ausbeutungsmethoden des Kapitalismus den Wähler noch eher einen Bissen Brot und ein Stückchen Fleisch auf dem Frühstückstisch läßt, um sie von der Erkenntnis des Kapitalismus, als der Ursache ihres Hungers, abzuhaken.

Demgegenüber fällt der Arbeiterpartei die Aufgabe zu, zu zeigen, daß weder Freihandel noch Schutz Zoll den Hungernden und Arbeitslosen Hilfe bringt. Daß nichtmehr der Schutz Zoll, der — noch einmal — die deutsche Konkurrenzgefahr besiegen soll, dadurch zugleich die Abhilfe gegen die wahren Ursachen der englischen Wirtschaftskrise verschafft: die Ueberrumpelung der europäischen Katastrophen. Keine schönere und größere geschichtliche Berufung als den — der Massen des englischen Volkes über die Grenzen und die Politik der Grenzsperrre hinaus zu weiten, auf die Überrumpelung der kurzfristigen und eng-stirnigen Lokalinteressen von Bradford und Lancashire mit der Ausdehnung der internationalen Zusammenhänge der Weltwirt-schaft zu antworten und die Wahlparole der englischen Bour-geoisie als das zu entlarven, was sie wirklich ist! Der Kapitalis-mus war imstande, die Welt anzuzünden. Er war imstande, so zu liegen, daß der Hunger der englischen Arbeiterklasse für den Hunger der deutschen Arbeiter zählte. Nun aber soll er die Welt wieder eintreten — und die Regierung des mächtigsten kapitali-stischen Reiches, die es versucht hat, muß ihre Zuflucht zur Überrumpelung ihrer Wähler nehmen. Die englische bürgerliche Politik, in Europa geschlagen, zieht sich mit rascher Wendung auf die Idee der Selbstgenügnung des britischen Reiches zurück, deren wirtschaftlicher Ausdruck der Schutz Zoll ist. Das ist das Geheimnis der englischen Überrumpelungswahlen: es ist das Eingeständnis eines vollkommenen Fehlschlages.

Volkswirtschaft.

Rußlands Außenhandel.

Die neuesten statistischen Angaben geben wichtige Aufschlüsse über den russischen Außenhandel und seine Organisationen. Trotz-dem der Staat Privatkapital heranzieht, betreibt er die Ein- und Ausfuhr selbständig und übernimmt auch den größten Teil der Gewinne. Hervorgehoben wurden u. a. auch eine recht bedeutende Zahl von ausländischen Firmen, die das Import- und Export-geschäft in Rußland schon vor dem Kriege betrieben haben. Vor allem wird interessieren, daß Rußland im Jahre 1922/23 seit dem Kriege wieder zum erstenmal als Abgeber an dem Getreidemarkt aufgetreten ist. Für den Getreideexport ist eine besondere Aktien-gesellschaft gegründet worden, dem der Staat sein Monopolrecht abgetreten hat. Der Gesamtumsatz des Jahres 1922/23 ist in der Statistik in die Preise des Jahres 1913 umgerechnet worden. Er beträgt 285,3 Millionen Rubel gegen 346,2 Millionen Goldrubel im Vorjahre. Die Minderungs von ca. 17% Prozent geht zu-gunsten der Aktivseite, denn die Einfuhr beträgt nur 152,1 Millio-nen Goldrubel gegen 282,3 Millionen Goldrubel im Jahre 1921/22. Sie hat sich also um 50 Prozent verringert, wogegen die Ausfuhr sich mit 133,2 Millionen glattweg verdoppelt hat. Für die Einfuhr kommen besonders Metall und Metallergzeugnisse, Textilrohstoffe, Chemikalien und Brennstoffe in Frage. Metalle und Metallergzeugnisse machen allein 37,7 Prozent, Textilrohstoffe 18,2 Prozent, Chemikalien 11,6 Prozent und Brennstoffe 9,1 Pro-zent der gesamten Einfuhr aus. An der Ausfuhr sind beteiligt: Lebensmittel mit 38,4 Prozent und Rohstoffe und Halbfabrikate mit 62,8 Prozent. Fertige Waren umfassen nur 1,8 Prozent der Ausfuhr. Das ist ein Beweis für den noch immer großen Waren-hunger Rußlands.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freizustand, Kunst und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Ruffel.

Devisen-Kurse.

Berlin, 29. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

28. November.

(In Millionen)

Amsterdam	1 fl.	1598 000
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	199 800
Kristiania	1 Kr.	616 454
Kopenhagen	1 Kr.	726 189
Stockholm	1 Kr.	1101 240
Helsingfors	1 Finn. Mk.	107 780
Rom	1 Lire	183 540
London	1 £	18 354 000
Newyork	1 Dollar	4 189 800
Paris	1 Frs.	281 420
Zürich	1 Frs.	728 175
Madrid	1 Pesetas	546 630
Wien	100 Kr.	58 852
Prag	1 Kr.	121 695
Budapest	1 Kr.	219 450

Schnod.

Ein niederländisches Gemälde von Friedrich Hebbel.

Schnod.
„Guten Abend!“ ruft mir auf einmal mit hohler Stimme seiner nach.
„Still, still, ums Himmels will, still!“ wisperne ich.
„Sei unbesorgt, Kamerad,“ wird mir geantwortet, „aber hilf mir, daß ich auch hineingelange, das Fenster ist verdammt hoch.“
Was sollte ich tun? Sollte ich Lärm machen und mich von Kindern und Erwachsenen als einen Menschen, der bei sich selbst auf Diebereien ausgeht, verspotten lassen? Oder sollte ich den Unbekannten, wie er's verlangte, zu mir hereinziehen, um ihn dann im Finstern durch glühliche Vorstellungen zu bewegen, wieder hinauszugehen? Ich weiß noch nicht, was ich hätte tun sollen; meine Hand war eifriger als mein Kopf, sie ergriff, ohne auf höhere Order zu warten, instinktmäßig die Faust, die sich ihr entgegenstreckte, und zog den Keil, dem dieselbe angehörte, herein.
„Merkwürdiges Zusammenreffen!“ sagt dieser und tappt herum.
„Merdingas!“ erwiderte ich mit einem Seufzer. „Ich hatte dem dielen Schnod auch einen Besuch zugebracht,“ fährt er fort, „und wollte nur erst das Aussehen des Dichters abwarten, da sah ich dich das Fenster öffnen. Wie kamst du dies nur bewerk-stelligten, ohne vorher eine Scheibe zu knicken?“
„Das ist ein Geheimnis!“ verleihe ich zähneklappernd. „Was du mir mitteilen mußt,“ fällt er rasch ein, „ich will dir dafür eine neue Art Handhellen zu zerbrechen lehren. Wo hast du studiert?“
„Studiert?“ frage ich. „Ja, auf welcher Ohnversität, in welchem Studihaus, meine ich?“
„Ich sah noch nicht in Zuchthäusern!“ antworte ich. „Un-glückseliger!“ verleihe er, „so bist du noch nicht ein einziges Mal abklopft, schleppt dich noch mit all deinen Sünden herum? Was hat die Justiz schon dreimal rein gemacht und neu frisiert. Was hast du denn alles aufm Herzen? Ist etwas von Erheblich-keit, ein Mord, oder so was, darunter? Oder hast du deine Jugend für nichts und wieder nichts hingegeben?“
„Mensch, du sprichst, als ob du der Teufel selbst wärst!“ stoß ich vor Entsetzen hervor. „Wer sagt dir, daß ich's nicht bin?“ sagt er mit einem Ernst, der mich im ersten Augenblick schaudern macht, „wahrlich, ich sage dir, ich bin der Teufel und will dir etwas vertrauen. Vor drei Monaten —“
Mir wird bei diesen lästerlichen Redensarten gräßlich zumut, in der Ferne höre ich den Nachwächter, auch hört der Himmel sich auf, so daß der erste Vorübergehende das Öffnen des Fensters bemerken muß; rasch, ehe der unheimliche Mensch sich davon entfernt, springe ich hinaus, beim Sprung kommt mir aber die Zunge zwischen die Zähne und ich werde für vermaßen, daß

Blut läuft und ich mich vor Schmerz nicht zu lassen weiß. Ich reiße die Tür auf und höre mit dem lauten Geschrei: „Diebe, Diebe in der Speisekammer!“ in mein Haus. Meine Frau, nebst meinem Gefellen — es war der größte, den ich jemals hatte, ein Mensch, der sich, wie er sagte, vor niemand fürchtete als vor sich selbst, vor seiner eigenen Wut nämlich — eilen schlaftrunken mit einem Licht auf die Speisekammer zu, ich — der Spikdube, der sich für den Teufel ausgab, konnte in mir vordringlich den Kon-sorten erkennen, weil wir ja nur in der düstern Finsternis Ver-trante geworden waren — folge ihnen mit einem Besenstiel. Wir finden nichts drinnen, keinen Dieb, aber auch keine Würste; Eine taumelt mir ohnmächtig in die Arme — nur Dönnmachlein trieben sie noch zuweilen hinein — mein Gefell nimmt, die fürch-terlichsten Flüche ausstößend, die allgemeine Verwirrung wahr und bringt ein Stück Speck auf die Seite, was mir freilich nicht entging, was ich dem Riesen jedoch hingehen ließ. Was geschieht am andern Morgen? Ein Knurren, Bellen und Beifien wie von zwanzig Hunden ertönt mich vor der Zeit aus dem Bett; ich öffne das Fenster und sehe, daß sämtliche Würste, zu einer Art von Kranz ineinander verstrickt, vor unserer Tür aufgehängt sind, und daß die durch den ledernen Geruch herbeigekommenen Räter, sprin-gend und einer den andern glittig beim Schwanz jurldäzgerend, sich umlohn bemühen, eine oder einige davon zu erlangen. Ein solcher Ausmarsch war nun zwar erfreulich, aber noch mehr un-gegründet. Ein paar Tage später erfährt ich indes, daß ein Uebel-täter aus unserem Ort wegen Wahnsinns aus dem Zuchthaus in die Irrenanstalt abgeführt, seinen Wächtern unterwegs entspran-gen und erst nach längerer Zeit wieder eingekerkert worden sei. Ohne Zweifel hatte ich die Bekanntschaft dieses Verrückten in meiner Speisekammer gemacht.

Drittes Kapitel.

Zum Schluß.

Der Morgen war angebrochen, der Wagen stand vor der Tür, reisefertig trat ich in das Gastzimmer, um von Schnod, der schon des Frühstücks wegen gekommen war, Abschied zu nehmen. Schnod sah am Tisch und hatte mehrere leere und noch mehr volle Gläser, sowie ein verbes Gabelfrühstück vor sich stehen; ihm gegenüber saß mein Wirt, der lange, dünne Postmeister, sich auf-fallend beifend, seinen Gast durch Aneddoten und muntere Ge-schichten zu ergötzen. Da war kein Jägerstückchen, kein Antwort vom kleinen Korporal oder vom alten Fritz, das nicht vorgebracht wurde, ja, der Postmeister begnügte sich nicht, bloß sein Ge-zächeln zu marieren, er war unbarmherzig genug gegen sich selbst, seine eigene Phantastie Peitsche und Sporen lassen zu lassen, um ihr dies oder jenes Geistesreiß abzugeben. Aber Schnod, der sonst so leicht und so gern lachte, verzag diesmal keine Miene und gab keinen Laut von sich; er schüttelte nur zuweilen, wenn der Postmeister

recht ansah, verächtlich den Kopf, oder stieß einen Seufzer aus, und wenn er den Mund aufst, so geschah es einzig und allein, um ein Stück Fleisch oder etwas Besnliches hineinzuwickeln. „Trinkt doch, trinkt!“ jagte der Postmeister hinhin, „und dann knöpf die Ohren auf, jetzt will ich Euch eine Schnurre erzählen, die noch von meinem Großvater herrührt. Nicht darüber lachen, heißt den jetzigen Mann noch im Grabe beleidigen; ich möchte der Schlingel nicht sein, der das täte; denn mein Großvater verdient Achtung, er war Schulmeister, und wenn einer von uns rechnen und schrei-ben kann, so hat er's von ihm gelernt.“ Die Schnurre war wirk-lich lustig, dennoch hielt Schnod an sich, obwohl ihm Geistes beifien wollte. „Schämt Ihr Euch nicht?“ jagte der Postmeister; „für den Herrn Dr.“ er deutete auf mich, „war das Ding gut genug, um darüber zu lachen, und Ihr sitzt wie ein Alog? Der Teufel soll mich holen, wo ich mit Euch wieder eine Wette ein-gehe!“
„Worin besteht denn die Wette?“ fragte ich neugierig.
„Werbet Ihr so unglücklich sein, die Frage des Herrn Dr. unbeant-wortet zu lassen?“ jagte der Postmeister lebhaft zu Schnod; dieser aber sah mich an, legte den Finger auf den Mund und verbarnte im Stillhewigen. „Nun,“ verleihe ich gleichgültig, „in Geheim-nisse will ich nicht eindringen, sehr wohl, Meister Schnod!“
Schnod stand auf und ergriff meine ihm dargebotene Hand, sie herzlich drückend; dann nahm er das Stück Kreide, dessen sich die Bilanzspieler zu bedienen pflegten, und schrieb damit auf den Tisch, daß er mir eine glückliche Reise wünsche. „Ist der Mann kumm geworden?“ fragte ich, aus der Tür tretend, den mich be-gleitenden Postmeister. „Nichts weniger als das, purer Egois-mus!“ erwiderte der Postmeister. „Wie?“ fragte ich stehend.
„Er will umlohn bei mir essen und trinken,“ gab der Postmeister zur Antwort, „darum spielt er den Schammen. Ich muß ihm heute nämlich, so haben wir gestern zur Nacht im Raub gemeinet, das Beste aus Küche und Keller so lange unentgeltlich aufsetzen, bis er sich zum Nachen oder Sprechen hinreihen läßt. Bald er oder sonst er ein Wort, so muß er — hinein liegt mein Vorteil — alles doppelt bezahlen; hält er an sich, nun freilich, dann weiß ich, wer sich noch heute Abend Haare aus dem Kopf reißt und mit dem Schädel gegen die Wand rennt. Aber, er mag sich hüten! Ich erlaube mir gegen ihn, was mir einfällt, und an Kniffen und Händen fehlt's keinem aus meiner Familie. Ich will ihn kämpfen, bis er vor Berger braun und blau wird, wie ein Kaputt; ich will dritte Personen herbeirufen und Schandgeschich-ten von ihm erzählen, denen er Widerspruch entgegenzusetzen muß, wenn er nicht will, daß alle Welt sie glauben soll; ich will Pfeifen hinter seinem Rücken abfeuern; ich will seiner Frau, die wohl von der Wette nichts weiß, anzeigen, daß er bei mir stehmt, damit ihm diese über den Hals komme, ich will mich stellen, als ob ich mich umbringen wollte; ich will —“
Mein Wagen läßt ab.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 29. November.

Wintergedanken.

Am besten hat sich der Winter mit seinen Freuden immer in Gärten, Bädern oder Courthaus-Mahler-Romanen ausgekostet. Rote Baden, Schneeballschlachten, Jagd, Schlittschuhlaufen und Schellengelächter; dampfender Rausch, ein ausserordentliches Diner und ein blauerflüchler am gut geheizten Kamin. Herz, was begehrt du noch mehr?

Aber das war die eine Seite. Auf der andern gab es von jeder Arbeitslosigkeit, schmale Bissen, Bettelstuppen und kalte Füße, die an dem lauwarmen Herzen der christlichen Mitbürgerschaft nicht vorüberlassen wurden.

Und heute? Es hieße die Geschichte der letzten neun Jahre wiederholen, hieße erneut darauf hinweisen, wie ein bis zum Weißbluten geführter Krieg zur sichern Niederlage führte, wie dann ein Mißverhältnis gegebener Tatsachen zu einer Haltung in der deutschen Politik führte, die Polnare mit kalter Berechnung für seine Zwecke benutzte. Es müßte auch darauf hingewiesen werden, wie die deutsche Arbeiterschaft, anstatt in geschlossener Front die Erzeugnisse der Novemberlage von 1918 zu halten, sich zersplitterte und blutig bekämpfte, so daß die deutschen Arbeiter wieder Oberwasser bekamen und unsere Währung zu ruinieren konnten, wie wir sie heute sehen.

Und die Folge. Ein unermessbares Elendsmeer! Millionen Arbeitslose, heruntergerissen, ohne Hemd und Schuhe, unterernährt mit Frau und Kindern, in kalten, finsternen Stuben, Verwahrlosung im Herzen und eine blinde Mut, die sich oft nicht gegen die wirklich Schuldigen kehrt, sondern gegen die Führer aus ihren Reihen. Wieder wird die alte Erfahrung gemacht, daß die Entschieden, die Verdammen dieser Erde gerade dann ihren Organisations den Rücken kehren, wenn sie sie am aller nötigsten brauchen. So lägen sie selbst den Untergang ab, auf dem sie sitzen und fallen lassen und wehrlos in den gähnenden Rachen des nimmerlatten Kapitals.

Sie sehen den Schnee, sehen den Winter, und denken nicht daran, daß dieser Jahreszeit wieder ein Frühling, ein Sommer, ein fruchtbarer Herbst folgt, in dem die ersten werden, die das Säen nicht verpassen. Auch im Leben der Völker gibt es Winter und Sommer; Zeiten des Aufstiegs und Niedergangs. Das weiße Leichentuch deckt nicht ewig die Erde, unter ihm sammeln sich Kräfte zu neuem Keimen, Grün und Blüten.

Daran wollen wir denken, wenn uns die Kälte packt, die Not peinigt und zur Verzweiflung treiben will. Der Verzweifelnde ist immer der Unterlegene.

Achtung Bürgerrechtsfraktion! Freitag abend 6 Uhr Sitzung im Rathaus. Pünktlich und vollständig erscheinen.

Zur Mietzahlung am 1. Dezember. Das Einigungsamt schreibt: Die gestrige Mitteilung über die ab 1. Dezember geltenden Mieten ist teilweise mißverstanden worden. Der Beitrag von 20 Prozent der Grundmiete bzw. 16 Prozent der Friedensmiete in Gold bildet den Zuschlag zur Grundmiete (80 Prozent der Friedensmiete), die selbst nicht ausgewertet ist, sondern angesichts der Steigerung des Zinsfußes nur um 150 Prozent erhöht ist. Die Grundmiete und dieser Zuschlag zur Zinserhöhung machen zusammen zwei Friedensmieten aus, die in sich in Papiermark nach wie vor zu zahlen wären. Da dieser Betrag aber im Verhältnis zu den in Goldmark festgesetzten Zuschlägen überhaupt keine Rolle mehr spielt, ist er in der mitgeteilten Berechnung unberücksichtigt geblieben. Praktisch wird man also nur die 16 Prozent Friedensmiete in Goldmark zahlen. — (Uns deutet, daß auch diese Erläuterung reichlich juristisch gedreht ist. Recht klug werden sicherlich nicht allzu viele daraus. Aber zergliedere einer einmal das Beamtendeutsch! Red.)

Keine Veröffentlichung der Gaspreise mehr. Die Betriebsbehörde schreibt: Die Geldentwertung der letzten Wochen zwingt die Werke wie in anderen Städten auch in Lübeck zur täglichen Preisfestsetzung zu schreiben. Eine Veröffentlichung des Preises in den Zeitungen findet nicht mehr statt. Die vorerwähnten Bekanntgabestellungen sollen vermehrt werden. Weiter ist es bei den verschiedenen Arten von Zahlungsmitteln nicht mehr möglich, daß die Ableser Geldbeträge annehmen. Wer nicht mit Gutscheinen bezahlt, muß den Betrag an die Kasse, Mengstraße 26, abführen. (S. Interat.)

Anlage gegen einen Kinobesitzer. In der Nummer vom 22. September brachten wir unter dem Stichwort „Uebereifrige Beamter“ eine Notiz, in der wir von einer Gerichtsverhandlung berichteten, in der gegen einen hiesigen Kinobesitzer in der Johannisstraße Anklage erhoben worden war. In der Verhandlung hatte sich herausgestellt, daß durchaus verzeihliche Irrtümer von Beamten zugrunde lagen, daß aber auch jede gesetzliche Grundlage für die Anlage fehlte. Der Angeklagte mußte deshalb freigesprochen werden. Trotz des Freispruches hat sich scheinbar das Polizeiamt mit dieser Feststellung nicht beruhigen können, denn es wurde Berufung eingelegt. Auch diesmal erhielt das Polizeiamt vom Landgericht bestätigt, daß die gesetzliche Bestimmung, auf die die Anlage gestützt war, durch eine eigene Verordnung des Polizeiamts seit längerem bereits aufgehoben war. Das Polizeiamt konnte also nicht einmal die von ihm selbst erlassenen Gesetze. Der Angeklagte wurde wiederum durch Rechtsanwalt Dr. Haun vertreten. Daß es ein unmöglicher Zustand ist, wenn derartige Anlagen erhoben werden, die dem betroffenen Opfer an Zeit und Geld auferlegen, bedarf doch nur des Hinweises. Es handelt sich dabei um ein Gewerbe, das dem Polizeiamt in der Vermögenssteuer jetzt Milliarden zur Ablieferung bringt.

Eine Ausstellung Lübecker Künstler ist im Oberlichtsaal des photographischen Kunstgewerbehauers W. Ohmann, Sandstraße 19, untergebracht. Bekannte Namen wie Behrens-Kamberg, Dummer, Feldmann, Hüner, Gatermann, Jäde, Mollwa, Nolatis, Thiene, Wierdt, Schubert, Kühle u. a. sind mit Delgemälden und Aquarellen oder Radierungen vertreten. Die Lübecker Maler haben ihre stimmungsvollen Motive meistens aus unserer Stadt und Umgebung geholt und in belebende Farben getaucht. Aus dem Hafen- und Traverevier ist manch schönes Bild erwachsen, und auch die Interieurs der Patrizierhäuser durchweht heimische Luft und anheimelnde Leben. Wer Heimatgefühl, Geld und Freude an den Arbeiten heimischer Künstler hat, der kann sich zum Weihnachtsfest einen hübschen Zimmergemälde erwerben. Die Maler sind heute nicht auf Rosen gebettet und die Preise deshalb ermäßigt. Sind die Bilder aber auch für viele trotzdem unerreichbar, so ist doch die Ausstellung eines Besuches würdig.

Die jungsozialistische Vereinigung der SPD. hielt am Montag eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Zum Quartalsbericht konnte Gen. Münstermann die erfreuliche Mitteilung machen, daß eine ganze Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen sind. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das gute Verhältnis zwischen Arbeiter-Jugend und Jungsozialisten sich weiter im Interesse der Gesamtbewegung zurückentwickeln möge. Dem Rassenbericht sei erwähnt, daß die Beiträge so niedrig ge-

halten worden sind, um nur die notwendigen Ausgaben davon zu bestreiten. Wir haben einen Kassenbestand von 304 Millionen Mark. Hierzu wurde das Monatsprogramm besprochen und genehmigt. Gen. G. Steinberg hielt darauf ein kurzes Referat über unsere Bildungsarbeit. Der Redner führte u. a. aus, daß diese leider in jetziger Zeit sehr schwierig sei, da die Referenten fast dauernd befehrt oder sonst durch wichtige Sitzungen usw. verhindert sind. Scharf gerügt wurde aber auch, daß Genossen sich zur Verfügung gestellt haben, aber nachher nicht erschienen sind. Deshalb sind wir gezwungen, selbst Vorträge auszuarbeiten und zu halten. In der Aussprache schloß man sich den Ausführungen des Redners an. Gen. Sterly stellte mit, daß unsere Weihnachtsfeier am 1. Weihnachtstag im Gewerkschaftshaus abgehalten wird. Genossen, die mitwirken wollen, müssen sich bei ihm oder beim Gen. Steinberg melden. Als Beitrag für Dezember wurde für männliche Mitglieder 20 Pfg., für weibliche 10 Pfg. festgelegt. Unter Verschiedenem wurde ein Antrag eingebracht, daß junge Leute unter 17 Jahren keinen Zutritt bei uns haben sollen. Der Antrag wurde aber scharf bekämpft und wieder zurückgezogen. — Genossen und Genossinnen, die die „Jungsozialistischen Blätter“ bestellt haben, gebe ich hiermit bekannt, daß die „Jungsozialistischen Blätter“ nicht 10 Milliarden, sondern 10 Pfg., also 100 Millionen Mark kosten. Ich bitte die übrigen 9 Pfg. am Montag bei mir nachzuschicken. Walter Münstermann, 1. Vorsitzender.

Gegen den Alkohol. Der deutsche Guttemplerorden des Travestrikts hat an den General v. Seekt eine Entschließung geschickt, die fordert, daß die Verordnung über Unterdrückung der Schlemmerlokale mit allem Nachdruck durchgeführt wird und daß für die Herstellung alkoholischer Getränke künstlich keine Nahrungsmittel mehr verwendet werden. Sollte ein vollkommenes Alkoholverbot noch verfehlt sein, so soll wenigstens ein Branntweinverbot im Sinne des Offenen Briefes des früheren Reichs-Innenministers Sollmann erlassen werden.

Ernähigung des Brotpreises. Da in den letzten Tagen auch dem Bäckerhandwerk etwas mehr wertbehaftetes Geld durch den Brotverkauf zugeflossen ist, so haben sich die Brotbäcker entschlossen, den Brotpreis von Freitag, 30. November ab, von 800 auf 700 Milliarden zu ernähigen, falls keine weitere Kursveränderung der Papiermark eintritt. Ein weiterer Preisabfall würde in den nächsten Tagen erfolgen können, wenn leitend der Brotkonsumenten auch für Brot, mehr als bisher, wertbehaftete Geld bezahlt wird. Die Hausfrauen haben somit die Möglichkeit in der Hand, sich selbst das Brot noch erheblich zu verbilligen, indem sie es mit wertbehaftetem Geld einkaufen. Nur mit wertbehafteten Zahlungsmitteln ist den Brotbäckern die Möglichkeit gegeben, ihren Bedarf an Mehl und Rohmaterialien einzudecken zu können. Hoffentlich wird dieser Hinweis die nötige Beachtung finden, sobald das Bäckerhandwerk in den nächsten Tagen zu einer weiteren Brotverbilligung schreiten kann.

Lübecker Teuerungsziffern im November.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgesetzte Normalration, enthaltend Lebensmittel, Brennstoffe, Leuchtmittel, monatlichen Mietpreis einer Zweizimmerwohnung und Bekleidung für eine aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren bestehende Familie zugrunde. Die Teuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse für 4 Wochen erforderlich ist. Die Indizes dagegen geben den Grad der Teuerung an, d. h. um wieviel zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Erhebung für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung berechneten Teuerungsziffern zeigen im November folgende Entwicklung:

Teuerungszahl in Billionen	Indexziffer (1913/14=1) Milliarden	Steigerung gegenüber dem Vor- und Oktober	Steigerung gegenüber dem Durchschnitt
5. November 1923: 9.045	96,4	662,7	2740,9
12. November 1923: 19.459	207,4	115,1	6011,6
19. November 1923: 75.698	806,9	289,0	28675,2
26. November 1923: 142.928	1519,3	88,3	44664,9
Novbr. Durchschnitt: 61.692	657,5	—	20720,3

Die Durchschnittsteuerungszahl, berechnet aus allen vier Stichtagen, beträgt 61,7 Billionen Mark gegen 318,4 Milliarden Mark im Oktober. Sie ist somit gegen den Vormonat um 1927,0 Prozent gestiegen, d. h. die Lebenshaltungskosten in Lübeck haben sich seitdem um das 19fache verteuert. Ohne die Bekleidungskosten stellt sich die November-Durchschnittszahl auf 53,2 Billionen Mark oder um 2178,8 Prozent höher als im Vormonat.

Die Lübecker Indexziffern (1913/14 gleich 1 gesetzt) stellten sich in den letzten drei Monaten folgendermaßen:

	September	Oktober	November
Ernährung	14,8	3926,9	845 539,1
Heizung	14,8	4513,5	953 130,5
Beleuchtung	11,9	3839,6	614 928,9
Wohnung	0,2	85,8	18 980,7
Bekleidung	22,0	5188,2	686 051,0
Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung	11,4	3106,7	661 066,9
mit Bekleidung	12,9	3394,5	657 524,8

Hieraus sehen im November-Durchschnitt die Ernährungskosten um das 846, die Kosten für Heizung um das 953, die Beleuchtungskosten um das 615, die Wohnungsmiete um das 14 und die Bekleidungskosten um das 686 Milliardenfache höher als im Durchschnitt der Jahre 1913/14. Die gesamten Lebenshaltungskosten erforderten 658 Milliarden mal mehr als in der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber dem Oktober-Durchschnitt betrug bei den Ernährungskosten 21 431 Prozent, bei den Beleuchtungskosten 21 018 Prozent, bei den Wohnungsmieten 16 196 Prozent und bei den Bekleidungskosten 12 279 Prozent.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdem. Verein, S. Distrikt! Freitag, den 30. v. Mts., abends 7½ Uhr in der Marquardschule am Marquardplatz: Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. J. Mainz.

Stadtheater. Freitag: Uraufführung von „Wilhelm Tell“. Sonnabend: Für die Volksbühne Koenigs „Lote Stab“. — In dem am Montag, den 3. stattfindenden Sinfoniekonzert gelangen zur Aufführung: 1. Sinfonie von Straesser Duerfler zu Leonce und Vena von Müller-Hartmann und ein sinfonisches Adagio sowie ein Scherzo capriccioso von Schaffler. Familiäre Werke dieses modernen Orchesterabends sind für Lübeck Uraufführungen.

Hansa-Theater. Es finden nur noch zwei Aufführungen, heute Donnerstag und morgen Freitag, von „Sigen und Erbaron“ mit Gertrud Seewald-Schulze als Gast statt. Sonnabend wird zum ersten Male „Die schöne Sui“ mit Gertrud Seewald-Schulze als Gast gegeben.

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Wie für einen General Wohnung beschafft wird. Die hier erscheinende „Medienburgische Zeitung“ veröffentlicht folgende Zuschrift, die für die gegenwärtigen Zustände in Deutschland mehr als bezeichnend ist:

„Am 5. April wurde ein Beamter aus dem Rheinland ausgewiesen und im Mai beim hiesigen Finanzamt angestellt. Alle Bemühungen, eine Wohnung zu bekommen, waren ergebnislos. Da die Frau krank war und sich einer langen Behandlung im Krankenhaus unterziehen mußte, wurden die drei Kinder verteilt zu hilfsreichen Familien gegeben. Sie konnten bis heute noch nicht in die fürchterlich beengten Räume zurückgenommen werden, die die Familie inne hat. Diese kümmerliche Lebensweise wurde immer drückender, da die benötigten warmen Sachen in Westdeutschland zurückgelassen werden mußten.“

Endlich wird jetzt eine Wohnung frei. Das städtische Wohnungsamt beschlagnahmte sie auf Grund der Geheiß für die ausgewiesene Familie. Da kommt ein General a. D. von Stettin her, der gerne in die schöne Stadt Schwerin möchte, wo auch sein Schwiegerohn wohnt, und behauptete, die Wohnung gehöre der Militärbehörde, er ziehe ein. Er werde sich die Einwilligung von höherer Instanz erwirken. Alle Vorstellungen der Behörden, daß er rechtlich keinen Anspruch habe, bleiben wirkungslos. Nachdem die Wohnung verschlossen, läßt er sie ausbrechen und Soldaten sich zur Verfügung stellen, die Tag und Nacht Wache halten mußten, damit die Gegenpartei die zu erwartenden Möbel nicht hineinziehen läßt.

Das städtische Wohnungsamt hat darauf gegen dieses Vorgehen Beschwerde beim Ministerium eingelegt. Es fanden dort Verhandlungen statt, die aber zu keinem Ergebnis führten. Das Wehrkreiskommando Stettin verurteilte inzwischen „auf Grund des Ausnahmezustandes“ die Beschlagnahme der Wohnung für den Stettiner General a. D. Die von den Franzosen vertriebene Familie wird also zum zweiten Male von Deutschen aus Heim und Wohnung vertrieben!

Die Tatsache, daß das Wehrkreiskommando in Stettin über den Kopf des Schweriner Wohnungsamtes hinweg eine Wohnung beschlagnahmte „auf Grund des Ausnahmezustandes“, ist angeht die vielfachen Eingriffe, die die „Inhaber der vorkrieglichen Gewalt“ sich in die Zivilverwaltung erlauben, fast nicht mehr verwunderlich. Die deutschnationalen Presse stellt als Hauptaufgabe des Bürgerhauses die Befestigung des Ausnahmezustandes dar. Mit Hilfe dieses Ausnahmezustandes wollen die Deutschnationalen ihre Regierungskunst beweißen.

Hamburg. Bürgermeisterwahl. Der Hamburger Senat hat für das Jahr 1924 Bürgermeister Dr. Arnold Dietzel zum ersten Bürgermeister und den Herren Otto Stolten zum zweiten Bürgermeister wiedergewählt.

Odenburg. Die Frage der Regierungsbildung in Odenburg kommt jetzt endlich wieder in Fluß. Bekanntlich war es nach den Wahlen im Frühling dieses Jahres nicht möglich gewesen, eine parlamentarische Regierung zu schaffen. Obwohl die Sozialdemokraten ebensowenig wie die Demokraten sich der Bildung eines Ministeriums der großen Koalition widersetzen, seiterte die Einigung unter den vier Parteien doch an Personalfragen, besonders an den hohen Ansprüchen der Deutschen Volkspartei, die mit dem für die Partei recht ungünstigen Ausgang der Wahlen wenig harmonierten. Andererseits weigerte sich das Zentrum, das während des Sommers eng mit der Deutschen Volkspartei zusammenging, in ein Ministerium der drei Verfassungsparteien, das bis dahin Odenburg regiert hatte, ohne die Deutsche Volkspartei wieder einzutreten. Infolgedessen mußte man sich mit einem Notbehelf, einem Beamtenministerium, begnügen. Jetzt haben nun Landtagsfraktion und Landesvorstand der Deutschen Volkspartei den einstimmigen Beschluß gefaßt, sich an der großen Koalition in Odenburg nicht mehr zu beteiligen, weil die Sozialdemokraten aus der großen Koalition im Reich ausgegrenzt sind. Daraufhin hat das odenburgische Zentrum Veranlassung genommen, seine bisherige Stellung zu revidieren, und das führende Blatt dieser Partei deutet an, daß nunmehr eine Rückkehr des Zentrums zur großen Koalition nicht ausgeschlossen scheint. Dieser Schritt dürfte dem Zentrum erleichtert werden, als die odenburgische Volkspartei sehr weit rechts steht; ihre Vertreter im Zentralvorstand der Partei gehörten ja auch zu den eifrigsten, die in der letzten Sitzung des Vorstandes dem Parteiführer Stresemann ihr Vertrauen versagt haben. Uebrigens hat es die odenburgische Landwirtschaftskammer — unpolitisch wie sie ist — dieser Tage für angemessen erachtet, gegen die Bildung einer parlamentarischen Regierung scharf Stellung zu nehmen. (B. T.)

Zur Frage des Beamtenabbaues.

Aus Beamtentreisen wird uns geschrieben: Seit mehreren Wochen werden die Gemüter der Beamten und Angestellten durch den inzwischen ergangenen Erlaß einer Beamten-Abbauperordnung mehr oder weniger erregt. Diese Verordnung, die sicher nicht unter Hinzuziehung von Beamtenvertretern beraten worden ist, zeigt besonders in einem Punkte eine Unkenntnis der ganzen Sachlage, wie sie kaum größer gedacht werden kann. Die Verordnung bestimmt u. a., daß sämtliche Angestellte zu entlassen sind. Da sich die einzelnen Länder zweifelslos darüber vollständig im Klaren sind, daß dieser Passus einfach undurchführbar ist, ist es um so mehr verwunderlich, als dieser Satz in der Verordnung überhaupt Aufnahme gefunden hat. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Beim Arbeits- und Wahlfähigkeitsamt werden meines Wissens 80 und mehr Angestellte beschäftigt, Beamte sind nur 6 oder 7 vorhanden. Wie denkt sich nun der Senat die Arbeitsleistung nach Kündigung sämtlicher Angestellten? Preußen hat das Unmöglichkeit dieser Verordnung bereits eingesehen, denn Pressenotizen zufolge hat der preussische Staatsrat den Entwurf einer Beamten-Abbauperordnung vorläufig zurückgezogen. Ueberhaupt ist die Verordnung für die Beamten weiter nichts als ein Schlag ins Gesicht, denn mit Recht muß jeder Fernstehende die Frage aufwerfen, ob die Beamten bisher auf Kosten der Angestellten aufgezogen haben?

Es ist übrigens höheren Orts auch durchaus bekannt, daß Lübeck immer bezüglich der Beamten und Angestellten die äußerste Sparnarrtheit geübt hat. Dies hat schon vor dem Kriege Herr Senator H. Evers in einer Sitzung der Bürgerschaft öffentlich anerkannt. Zudem hat der Vereinfachungsausschuß in letzter Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß eine weitere Abgabe von Beamten und Angestellten zurzeit nicht gedacht werden kann. Ferner muß man berücksichtigen, daß ja eine ganze Reihe von Beamten sowie Angestellten, und daß diese Stellen nicht wieder besetzt werden dürfen. Heute sieht es bereits so aus, daß eine Behörde, ich denke besonders an die Kassenstellen, gar nicht in der Lage ist, von einer anderen Behörde auszuweichen, eine Kraft zur Verfügung zu bekommen, da sämtliche Behörden und Dienststellen auf das äußerste angefüllt sind. Ebenjowenig wie das Hochofenwerk sagen kann, daß alle Arbeiter entlassen werden sollen, und die verblei-

Ist Rettung in der Ferne?

Übersicht über die Einwanderungsmöglichkeiten.

Der Weltkrieg ist an keinem Volke spurlos vorübergegangen, darum herrschen nicht nur bei den Besiegten, sondern auch bei den Siegern, ja selbst in den neutralen Staaten heute gegen früher von Grund auf veränderte Verhältnisse. Der Deutsche muß, wenn er vor Schaden bewahrt bleiben will, den ihm angeborenen Wandertrieb gewaltsam zurückdrängen. Dabei richten sich gerade heute die Blicke vieler sehnsüchtig in die Ferne. Die wirtschaftliche Lage ist bei uns so niederdrückend, die Arbeitslosigkeit ist so erschreckend groß, daß heute unsere besten Elemente aus Auswanderer denken. Doch muß man immer und immer wieder betonen, daß die Arbeiterklasse als solche nicht auswandern kann, ebensowenig der zusammengebrochene Mittelstand. Durch besondere Glücksstände mag der einzelne im Ausland womöglich ein gutes Fortkommen finden, doch wäre es sträflich, aus einem einzelnen Fall Schlüsselfolgerungen für die Allgemeinheit zu ziehen. Wie es mit den Einwanderungsmöglichkeiten in den einzelnen Ländern bestellt ist, wird in den nachfolgenden Zeilen unparteiisch geschildert.

Frankreich und England

sind für die Deutschen so gut wie gesperrt. Es liegt auch klar auf der Hand, daß sich kein Deutscher einbilden darf, gerade dort jetzt einen günstigen Boden für eine gesicherte Existenz zu finden.

Oesterreich und Ungarn

machen keine Schwierigkeiten bei der Einreise. In beiden Ländern ist aber die Arbeitsmarktlage sehr ungünstig. Sie können eben auch nicht leben und nicht sterben, doch ist dem einzelnen, der unter günstigen Bedingungen dort eine Stellung findet, von der Einwanderung nicht abzuraten.

Die Tschechoslowakei

erteilt nur eine Einreiseerlaubnis, wenn man den Beweis erbringen kann, daß man im Lande Arbeit gefunden hat. Doch muß die in Frage kommende Gemeinde auch noch die Aufenthaltsgenehmigung erteilen, weil die Wohnungsnot eine sehr große ist.

Jugoslawien

hat seit Anfang des Sommers eine zunehmende Arbeitslosigkeit, so daß an Zugang nach dort im allgemeinen nicht zu denken ist.

Dänemark, Schweden, Norwegen,

Finnland, Holland, die Schweiz und die baltischen Länder erteilen nur Einreiseerlaubnis, wenn Bedarf an Arbeitskräften vorliegt. Da jedoch in all diesen Ländern Arbeitslosigkeit herrscht, wird die Einwanderungsmöglichkeit einfach illusorisch.

Rußland

scheidet praktisch gänzlich aus. Will man in das große Ostland wandern, dann muß man schon irgendwie verwandtschaftliche Beziehungen nachweisen können oder die Sowjetregierung muß an dem Einwanderer ein persönliches Interesse haben. Auch für Siedlungen kommt Rußland, das muß besonders hervorgehoben werden, fürs erste nicht in Frage.

Nach Spanien

ist die Einreise frei. Die Erwerbsmöglichkeiten sind dort äußerst gering, denn das Land leidet, wie hinlänglich bekannt ist, unter innerpolitischen Unruhen. Doch wenn jemand durch Zufall dort Arbeitsgelegenheit findet, so ist ihm nicht abzuraten, denn das spanische Volk ist dem Deutschen freundlich gesonnen.

In Italien

ist die Einreise frei. Es ist dort aber schwer, einen ausreichenden Erwerb zu finden und man darf eigentlich nur die Reise antreten, wenn man schon hier einen festen Arbeitsvertrag in der Hand hat und zudem auch noch über Barmittel verfügt.

Griechenland

erteilt bei Vorliegen eines Arbeitsvertrages ein Bilum. Es herrscht dort Arbeitslosigkeit und die politischen Verhältnisse des Landes sind an und für sich noch sehr ungeklärt.

Rumänien

bietet in vereinzelten Fällen Beschäftigungsmöglichkeiten für ge-

steltet sind und vermöge der natürlichen Lage des Grundstücks zu angebaut werden konnten, daß ohne größere Erdbewegungen das Keilergeschäft gewonnen wurde. An den kleineren Teil, der die Getreiderösterei bildet, schließt sich ein Zwischenbau an, in dessen Verlängerung der Getreidehain angelegt ist. Alle Anlagen werden mit elektrischer Energie aus einer Hochspannungsanlage versorgt und in allen Abteilungen sind auf zweckmäßigste Wohnräume für männliche und weibliche Arbeiter und Angestellte eingerichtet.

Gewerkschaften.

Nahrungsmittelversorgung und Konsumvereine. Auf Einladung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Graf v. Ranitz, fand kürzlich im Reichsernährungsministerium eine Besprechung statt, an der der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg, der Reichsverband deutscher Konsumvereine in Düsseldorf, die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg und die Großeinkaufszentrale in Düsseldorf-Reisholz sowie Vertreter der beiden großen Berliner Konsumvereine teilnahmen. Der Ernährungsminister brachte die gegenwärtigen Ernährungsschwierigkeiten zur Sprache. Es bestand gegenwärtige Uebereinstimmung, daß alles aufgegeben werden müsse, um in dem schlimmsten Winter, den das deutsche Volk wohl jemals durchlebt hat, in den Großstädten und Industriezentren genügend Lebensmittel zur Verfügung zu haben. Der Reichsernährungsminister zeigte volles Verständnis für die Schwierigkeit der Lage in den Konsumvereinen, die in der Hauptsache durch den Währungsverfall und durch die steuerliche Belastung hervorgerufen ist. Es wurde bei den Verhandlungen darauf hingewiesen, daß man mit den in Aussicht genommenen Maßnahmen allein die Konsumvereine auf die Dauer nicht aufrechterhalten könne, wenn die Umsatzsteuer und die Sonderbelastung durch die Betriebsfeuer bestehen bliebe. Die Vertreter der Konsumvereine erklärten, daß, wenn die Regierung Wert darauf lege, die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung in diesem Winter aufrechtzuerhalten, schleunigst die Umsatz- und Betriebssteuer beseitigt werden müsse. Der Reichsernährungsminister erklärte, daß er die Steuerfrage an geeigneter Stelle zur Sprache bringen wolle.

Sport.

Bekanntmachung des Schiedsrichterausschusses!

Schiedsrichter, die Herbstferien beenden und am kommenden Sonntag die Frühjahrsferien ihren Anfang nehmen, sind in letzter Zeit vorgetommen, daß namentlich angelegte Schieds-

lernte Arbeiter, erteilt aber immer nur ein Bilum für 30 Tage. Der Eingewanderte muß also stets mit der Möglichkeit der Ausweisung rechnen.

Die Türkei

war, als die Entente noch in Konstantinopel herrschte, für Deutsche verboten. Jetzt ist die Einreise frei, aber ein Bedarf an Menschenmaterial ist nicht vorhanden.

Afghanistan

suchte Ärzte, Lehrer, Ingenieure und Handwerker. Es hat kein Bedarf genügend aufgeföhlt. Die Bedingungen waren keine günstigen und die Ausgewanderten haben kontraktlich nicht genügen Sicherheiten, sobald sie erkrankten.

Nordamerika

gestattet die Einreiseerlaubnis nur gegen Bürgschaft. Arbeitgeber, Künstler ausgenommen, werden nicht gelassen. Man darf also keinen Arbeitsvertrag haben, wenn man nach Nordamerika auswandern will. Die Anstellungsmöglichkeiten im Lande gering. Landarbeiter werden in gewissen Gegenden gesucht. Ungelernte und angelernte Arbeiter finden vielleicht Unterkommen, die gehobenen Stellungen aber reserviert der Amerikaner schon für sich.

Südamerika

gestattet die Einwanderung. Es bleibt jedoch ein großes Risiko, ohne Aussicht auf feste Tätigkeit dorthin zu ziehen. Während der Ernte gebraucht man Arbeiter, die später wieder entlassen werden. Argentinien gestattet die Einwanderung nur nach Landwirten und solchen Personen, die eine feste Anstellung oder zwei Bürgen nachweisen.

In Britisch-Indien

ist den Deutschen die Einreise verboten. — In Niederländisch-Indien ist die Einreise frei, aber mit Unkosten verknüpft. Die Plantagen sind teilweise bis zu 50 Prozent geschlossen und selbst Ingenieure und Techniker, die die Regierung dorthin holte, sind entlassen worden.

Ägypten

hat das Einreisen für Deutsche aufgehoben, aber da sich im Pharaonenlande noch keine deutschen Firmen aufgemacht haben — nicht einmal Stinnes ist zerfallen —, kann man praktisch mit der Einreiseerlaubnis nicht viel anfangen.

Australien, Neuseeland

und die Südpazifik sind den Deutschen verboten. Auch sind die ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika gegenwärtig für die Deutschen ein verbotenes Paradies. Die portugiesischen afrikanischen Kolonien lassen ein Anzähl von Deutschen zu.

In Südafrika

herrscht große Arbeitslosigkeit. Man ist dort Deutschen gegenüber nicht abgeneigt und hat volles Verständnis für den Wert der deutschen Arbeitskraft. Also dürfen wir uns vielleicht mit Zukunftshoffnungen tragen.

In China und Japan

ist die Einreise frei. Doch haben beide Länder ungenügende Handwerker, die so anspruchslos sind und so billig arbeiten, wie der Deutsche bei seinen ganz anderen Lebensbedingungen es nie und nimmer kann. Zudem haben beide Länder einen Bevölkerungsüberschuß, so daß selbst Japan bei keinem Wiederaufbau seiner fremden Hände und Köpfe bedarf.

Wir sehen, daß also überall in der Welt die guten Futterplätze besetzt sind. Uns bleibt nur übrig, mit festem Willen in unserem eigenen Lande solche Verhältnisse zu schaffen, die der Allgemeinheit, dem arbeitenden Volke, ein menschenwürdiges Auskommen sichern. Vor jeder Auswanderung aufs Geratewohl, d. h. ohne festen Anstellungsvertrag, kann jedenfalls nicht dringend genug gewarnt werden. Und kein Auswanderungswilliger sollte verflümen, sich vor der Ausreise vom Reichswanderungsamt (Hilfslie Hamburg, Catharinenstr. 331) über die Lohn-, Arbeits- und sonstigen Verhältnisse des Ziellandes sowie namentlich auch bezüglich des Arbeitsvertrages beraten zu lassen.

richter nicht angetreten sind, sondern Erlaß aus dem betreffenden Verein gestellt worden ist, ohne den Schiedsrichterausschuß zu benachrichtigen. Treten solche Fälle wieder ein, wird der betreffende Verein in Strafe genommen. Ferner, Schiedsrichter achtet darauf, daß von den vielen Vereinen die Mannschaften ordnungsgemäß ausgefüllt sind, „provisorische“ dürfen nicht annehmen. Zu den ersten Bezirksspielen sind folgende Schiedsrichter angeführt.

Sonntag, den 2. Dezember.

Spiel Nr.	Zeit	Platz	Schiedsrichter
64	2,15	Kasernenhof	H. Neumann, HSV.
65	12,30	"	W. Einfeldt, HSV.
66	10,00	"	Fr. Wulack, HSV.
67	2,15	Dornbreite	E. Sier, HSV.

Sonntag, den 9. Dezember.

68	2,15	Falkenwiese	R. Meyer, HSV.
69	10,45	"	W. Rabinow, HSV.
70	1,00	"	E. Glöde, HSV.
71	9,00	"	F. Graf, Stöckelsdorf
72	2,15	Kasernenhof	A. Sternberg, Rüdnitz
73	10,00	"	Gamann, Mötsling
74	12,30	"	Boohje, HSV.
75	10,00	"	Dimpfe, HSV.

Sonntag, den 16. Dezember.

76	2,15	Rüdnitz	Richter, HSV.
77	10,45	"	A. Meyer, HSV.
78	9,00	"	"

Weitere Nachrichten an die Vereine erfolgen nicht. Der Schiedsrichterausschuß i. A.: Fr. Saueracker, Engelsgrube 81/11.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 28. November. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Am Getreidemarkt herrscht heute Ruhe. Umsätze sind klein bei leicht nachgebenden Preisen. Die Rentenmarkt beginnt sich einzubürgern, das Inland dieselbe vollwertig aufnimmt. (Breite in Goldanleihe): Weizen 2,30—2,40 Dollar, Roggen 2,10—2,20 Dollar, Hafer 1,90 bis 2,00 Doll., Gerste 2,25—2,40 Dollar ab inländischer Station, Ausland. Gerste 2,45—2,55 Dollar, Mais 2,55—2,65 Dollar frei Katwaggon. Delfungen unverändert stetig. Geschäft etwas ruhiger.

Einhandelsnotierungen des Hamburger Futurhandels. Hamburg, 28. November. Hafer 21 000, Weizen 18 000, Hafer 8000, Weizen geb. 9000, Timothy- und Kleber geb. 10 500, Preßstroh 8000 (alles per Zentner in Milliarden Markt).

henden Arbeiter machen dann die Arbeit, oder eine große Zahl sagt, daß alle Angestellten nach Hause gehen können und die Produktion den gesamten Geschäftserfolg, ebenso wenig kann der Staat seine Angestellten sämtlich entlassen. Wollen die Länder einen wirklichen Abbau herbeiführen, dann mögen sie zu nächst ihr Augenmerk auf die Beseitigung von Behörden und Dienststellen richten, die wegen ihrer Unproduktivität heute in erster Linie entbehrlich sind. (In Lübeck z. B. Staatsarchiv, Nachrichtenamt und ähnliche.) Ferner Zusammenlegung mehrerer Behörden usw.

Es ist überhaupt eigenartig, daß bei einer schlechten Finanzlage des Reichs und der Länder gerade immer die Beamten und Angestellten zuerst bluten sollen. Schon lange vor dem Kriege hätte man sich unglücklich, die mittleren und unteren Beamten sowie die Angestellten ja nicht zu hoch zu besolden. Während des Krieges hatten wir trotz der Deutschnationalen, die in der Regierung saßen und sich besonders bei kommenden Wahlen immer gerne als Beamtenfreunde aufspielten, ein unzureichendes Auskommen, während sich die Kriegsgewinnler, d. h. wiederum jene Kreise, die für uns nichts übrig hatten, mehr als satt essen konnten. Nach dem Kriege hatten wir mit andern Händen und Kopfarbeitern die Steuerlasten fast ausschließlich allein zu tragen. Jetzt sollen die Angestellten aufs Pfaster geworfen werden und die Beamten werden über kurz oder lang mit einer sechsstündigen Arbeitszeit zu rechnen haben. Als Krönung des Ganzen kommt die neue Besoldungsregelung, die uns Beamten den Rest gibt. Daß diese Besoldung völlig unzureichend zu werden verpönt, geht schon daraus hervor, daß die Spitzenorganisationen in Berlin die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Regierung abgebrochen haben. Gewiß, wir haben den Krieg verloren, sind ein armes Volk geworden. Die meisten unserer Volksgenossen führen ein trauriges Dasein und die Beamten und Angestellten wissen dem durchaus Rechnung zu tragen und wollen nichts Unbilliges verlangen. Es kann aber andererseits nicht angehen, daß heute noch in Deutschland eine Menge Menschen im Gelde schwimmen. Die Regierung sollte zur Besserung der Finanzen zunächst Mittel und Wege finden — und es gibt deren wahrlich genug — die kapitalkräftigen Kreise heranzuziehen, und erst in zweiter Linie darf sie auf die Berufsgruppen zurückgreifen, die unter der Ungunst der Verhältnisse nur wenig gelitten haben. Der Wiederaufbau Deutschlands hängt nicht zuletzt von einer arbeitsfreudigen Beamtenschaft ab. Daß beim Kriegsausbruch alles in vollendeter Weise vor sich ging, war ein besonderes Verdienst der deutschen Beamtenschaft, daran ist nicht zu rütteln. Wir Beamten besitzen so viel Pflichtgefühl, daß wir es als eine Selbstverständlichkeit ansehen, alle unsere Kräfte nun erst recht dem in Not befindlichen Vaterlande zu leihen; man verlange aber nicht von uns, daß wir dies mit leerem Magen sollen.

Wenn nun der Staat an den Beamtenabbau herangeht, so sollte er oben anfangen und einmal ehrlich die Frage prüfen, ob nicht zuviel Oberbeamte einschließlich Richter vorhanden sind. Ich bin der Überzeugung, daß es eine ganze Reihe von Oberbeamten und Richtern gibt, deren Wirkungskreis unter Einziehung anderer Oberbeamten- bzw. Richterstellen nicht nur bedeutend erweitert werden könnte, sondern müßte. Vor allem aber ist es möglich und daher nötig, daß allem der genannten Herren ein Teil ihrer Tätigkeit genommen und mittleren Beamten übertragen wird. Würde in dieser Weise verfahren, und würden besonders die Herren Oberbeamten dann noch ebenso wie jeder mittlere Beamte mindestens volle acht Stunden im Bureau tätig sein, so könnte beträchtlich eine ganze Reihe dieser Herren entbehrlich werden. Will man ernstlich sparen, so lege man den Hebel oben an, nicht unten, wie dies vor Jahren einmal eine Behörde machte, die in einer sogenannten Denkschrift zu dem Ergebnis kam, daß von ihnen ca. 25 Beamten und Angestellten ein Bureaugehilfe mit damals 1200 Mk. Gehalt gespart werden könnte.

Im übrigen bin ich der Überzeugung, daß auch hier in Lübeck genau wie in Preußen an eine Ausführung dieser Verordnung — weil im wesentlichen unmöglich — überhaupt nicht gedacht wird, sondern jede vielmehr ihrem baldigen „Ableben“ entgegen.

Genossenschaften.

Die Niederlassung Chemnitz der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Kürzlich ist in Chemnitz die dortige neueste, großzügig angelegte Niederlassung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. Hamburg, eingeweiht worden. Ein neues Werk der konsumgenossenschaftlichen Organisation ist dort entstanden, ein weiteres Zeichen der Kraft organisierter Selbsthilfe der Verbraucher. Das 44 500 Quadratmeter große Gelände liegt im Süden der Stadt Chemnitz an zwei Straßen und grenzt mit der Rückseite gegen einen noch auszubauenden Güterbahnhof. Zur Bewältigung des Güterverkehrs sind alle Betriebe mit Gleisanlagen versehen. Die bisher errichteten Gebäude bilden einen Teil des Gesamtbebauungsplanes. Bis her sind errichtet: ein Lagerhaus für Abteilung Kolonial- und Textilwaren, ein Lagerhaus für Abteilung Haushandelsartikel, eine Malzfabrik mit Silo und ein Verwaltungsgebäude. An der Nordseite des Grundstücks erhebt sich der imposante Bau des Lagerhauses für die Abteilung Textil- und Schuhwaren und das Kolonialwarenlager. Das Gebäude ist vollständig massiv mit Eisenbetondecken und Dach ausgeführt. Für sämtliche Chemnitzer Betriebe ist eine gemeinschaftliche Telephonzentrale mit zehn Amtleitungen eingerichtet, die sämtliche Amts- und Hausgespräche vermittelt. Das Kolonialwarenlager ist mit der angegliederten Molkereifabrik, Delikatessenfabrik, Limonadenfabrik, Kaffeebörse, Kakaobörse und Teebörse im Hofhügel untergebracht. Für die Einlagerung empfindlicher Waren sind Kühlräume mit einer maschinellen Kohlenäurekühlanlage vorhanden. Die Molkereifabrik erstreckt sich über vier Geschosse und ist mit den modernsten Maschinen ausgerüstet. Für die Fällung der Käse ist eine automatische Fällmaschine aufgestellt. In der Delikatessenfabrik wird das auf einer Filterpresse gereinigte Del in Flaschen abgefüllt, die dann maschinell verbleit, gefapelt und etikettiert werden. Die Limonadenherstellung ist imstande, in acht Stunden 12 000 Kilogramm Limonade von allen fremden Beimengungen, als Erde, Steine, Hafer, Kaden, Widen usw. zu befreien, die Limonade zu polieren und in sechs Größen zu sortieren. Der Arbeitsgang ist vollständig automatisch, so daß ein Mann die Anlage bedienen kann. Zur Versorgung der Vereine mit Kaffeebohnen ist ein Heißluft-Schnellröster aufgestellt. Der Kaffeebohnen wird auf einer automatischen Waage in die bekannten Packungen verpackt. Die Kakaopackerei ist mit einer modernen Abpackanlage ausgerüstet, die die Packungen selbst herstellt, die Packmenge abwägt, in die Packungen füllt, die Packungen schließt und die Etiketten aufklebt. Zwei Mädchen haben nur die Maschine zu überwachen. In der Teebörse wird Tee in Beutel abgepackt. Das Lager für die Abteilung Textil- und Schuhwaren besitzt eine Gesamtfläche von 10—15 Quadratmeter. Im Dachgeschoss ist die Abteilung Konfektion mit den nötigen Nähmaschinen, Nähmaschinen, Knopfmachermaschinen, Knopflochmaschinen sowie den nötigen untergeordnet. Gleichzeitig befindet sich hier die Wäscherei und Klebmaschinerie für die Abteilung Textil- und Schuhwaren. Die Wohnräume für beide Abteilungen sind im Erdgeschoss angeordnet. In der Mitte der Front an der Kaufstraße erhebt sich das stattliche Verwaltungsgebäude. Im Erdgeschoss ist ein 135 Quadratmeter großer Eigensaal nach den nötigen Nebenräumen untergebracht. Die Abteilung Haushandelsartikel und die Malzfabrik sind in einem gemeinsamen Gebäude untergebracht. Die Anlage ist entstanden aus zwei ehemaligen Fluggeschäften, die, mit einem Zwischenraum von 4 Meter, mit ihrer Längsseite zueinander-